

# BLICKPUNKT BUNDESTAG



DEUTSCHER BUNDESTAG

Januar 1/2005  
2,00 Euro  
ISSN 14359146  
G10624

[www.blickpunkt-bundestag.de](http://www.blickpunkt-bundestag.de)



Abgeordnete im Internet  
**Votings, Chats und Gästebücher**



**Sonderthema: Geschichte  
des Bundestages**

# EDITORIAL



Stefan Thomas.

## Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem Jahr gibt es wichtige Gedenktage. Am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, wurde der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 60 Jahren gedacht. Am 8. Mai vor 60 Jahren endete der Zweite Weltkrieg. Wie hat sich Deutschland nach dieser furchtbaren Zeit entwickelt? Für die „Älteren“ noch in der Erinnerung verwurzelt, für die „Jüngeren“ schon so lange her.

BLICKPUNKT BUNDESTAG schaut zurück und beschreibt in seinem Sonderthema die Stationen von der Besetzung durch die Siegermächte über das geteilte Deutschland bis hin zur Wiedervereinigung – wir zeigen **Wegmarken der Geschichte** aus Sicht des Parlaments.

Wie oft nutzen Sie eigentlich das Internet? Unsere Abgeordneten sind sehr oft online und bieten mit ihren eigenen Seiten eine Fülle von Informationen an, die häufig über das politische Geschäft hinausgehen, den Menschen mit seinen Ideen und Hobbys zeigen und auch eine Diskussionsplattform bieten. BLICKPUNKT BUNDESTAG stellt in dem Beitrag **Votings, Chats und Gästebücher** Abgeordnete vor, die ihren Umgang mit dem Internet zeigen.

Die Diskussion um den gläsernen Abgeordneten ist noch nicht abgeschlossen. In unserem **Streitgespräch** diskutieren die Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, FDP, und Florian Pronold, SPD, über Nebentätigkeiten, Nebeneinkünfte und Sanktionen.

Auch heute möchte ich Sie wieder bitten, uns Themen mitzuteilen, die Sie besonders interessieren. Denn wir möchten dieses Magazin so gestalten, dass Ihre Erwartungen an uns möglichst weitgehend umgesetzt werden.

Mit besten Wünschen

# I N H A L T



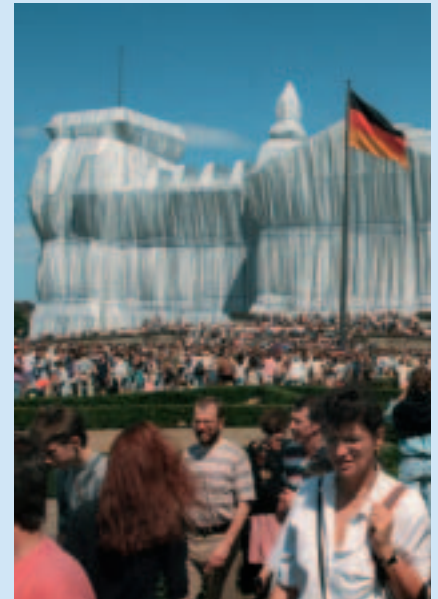
## Titel

- 4 **Votings, Chats und Gästebücher**  
Abgeordnete im Internet



## Details

- 14 **Kleiderordnung**



## Sonderthema

- 17 **Wegmarken**  
Geschichte des Bundestages

## Essay

- 3 **Gewissheit nicht bestrafen**  
Von Christian Bommarius

## Fraktionsvorsitzende

- 10 **Wir leben in einer spannenden Zeit**  
Angela Merkel, CDU/CSU

## Cullens Reichstag

- 16 **Wenn Parlamentarier lachen**

## Menschen im Bundestag

- 33 **Von Ausschreibung bis Verhüllung**  
Der Bundestagsmitarbeiter Alfred Falkenberg

## Debatte

- 36 **Hoffnung auf einen neuen Anlauf**  
Forum: Föderalismusreform
- 41 **Infotipps**
- 42 **Brauchen wir den gläsernen Abgeordneten?**  
Streitgespräch: Nebeneinkünfte

## Panorama

- 45 **Blick nach vorn**  
Begegnungen im Parlamentsviertel
- 46 **Drei Fragen an Abgeordnete**  
Karl Addicks (FDP) antwortet
- 46 **Buchtipp**  
Von Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen
- 47 **Berliner Beziehungskisten**  
Report: Medientreff
- 48 **Schaltstelle in der Konsensdemokratie**  
Parlamente in Europa

Ein Essay von Christian Bommarius

Es war nur eine Frage der Zeit, wann eine Rechtspolitik, die unerschütterlich auf die gesellschaftspolitische Heilkraft des Strafrechts vertraut, auch den Zweifel kriminalisieren würde. Mit der Ankündigung der Bundesjustizministerin, heimliche Vaterschaftstests unter Strafe zu stellen, verrät sie die dadurch vermeintlich geschützten Interessen der Kinder.

Mit beidem gibt sie sich als Traditionalistin zu erkennen. Denn schon bisher ist es in Deutschland so: Bezweifelt ein Mann seine Vaterschaft, muss er sie grundsätzlich innerhalb von zwei Jahren nach der Geburt vor Gericht anfechten, also lauthals und im Brustton unumstößlicher Überzeugung bestreiten, selbst wenn er nur mehr oder weniger zweifelt. Das Gesetz zwingt ihn damit, sich entweder vom Kind loszusagen oder zu schweigen. Das ist nicht nur beschämend einfalllos, sondern gleichermaßen rücksichtslos gegenüber dem Kind. Das Gleiche gälte, würden die heimlichen Vaterschaftstests unter Strafe gestellt. Denn die Zweifel an der Vaterschaft sind durch kein Verbot aus der Welt zu schaffen. Sie wiegen so schwer, dass sie nicht nur die Partnerschaft, sondern auch die Beziehung zum Kind auf Dauer zu vergiften vermögen.

Zwar hat der Bundesgerichtshof zu Recht untersagt, heimliche Vaterschaftstests als Beweismittel vor Gericht zuzulassen. Sie verletzen offensichtlich das Grundrecht des Kindes auf informationelle Selbstbestimmung. Allein die stets bestrittene, aber unbestreitbare Gefahr, dass über das Erbmaterial auch persönlichkeitsrelevante Merkmale ausgeforscht werden könnten, verbietet die Heimlichkeit. Wenn es also heimlich nicht geht, sollte der Gesetzgeber Offenheit ermöglichen.

Dazu müsste er sich Gedanken machen, wie sich die gegenläufigen Interessen – hier das Interesse des Mannes, sich Klarheit über die Abstammung des Kindes zu verschaffen, dort das Interesse der den Test ablehnenden Frau, im Zusammenleben mit dem Kind nicht unangemessen gestört zu werden – so zum Ausgleich bringen lassen, dass dem Kind Verletzungen möglichst erspart bleiben.

Hätte der Gesetzgeber ein besseres Gedächtnis, würde er sich einer Einsicht erinnern, die er seit Jahren auf einem anderen Gebiet – dem Recht des Schwangerschaftsabbruchs – beherzigt: Manche Probleme lassen sich besser im Beratungszimmer als im Gerichtssaal, im Gespräch einfacher als in einer mündlichen Verhandlung lösen. Ein Beratungsgespräch könnte in vielen Fällen die Zweifel des Mannes oder den Widerstand der Frau gegen den Vaterschaftstest beseitigen. Erst wenn beides nicht gelingt, wäre die Zustimmung der Frau durch eine Anordnung des Gerichts zu ersetzen. Selbst wenn der Mann dieses Verfahren umgehen und sich in einem heimlichen Vaterschaftstest bestätigen lassen würde, nicht der biologische Vater zu sein, sollte die Antwort des Gesetzgebers nicht das Strafrecht, sondern das Zivilrecht sein. Der Mann könnte in diesem Fall den Anspruch gegen den biologischen Vater auf Rückzahlung des bisher geleisteten Unterhalts verlieren. In manchen Fällen ist nur schwer zu entscheiden, ob sich mit dem Zweifel oder mit der Gewissheit besser leben lässt. Diese Entscheidung kann der Gesetzgeber an ihrer Vaterschaft zweifelnden Männern nicht abnehmen, schon gar nicht, indem er sie verbietet. Denn Nichtwissen darf zwar nicht erzwungen, aber Wissen auch nicht bestraft werden.

**Informationelle Selbstbestimmung, Asyl- und Petitionsrecht sind nur drei der im Grundgesetz verankerten Grundrechte. Sie beschreiben grundsätzliche Rechte des Einzelnen in der Gemeinschaft. Blickpunkt Bundestag stellt in loser Folge einige Grundrechte an aktuellen Beispielen vor.**




**CHRISTIAN BOMMARIUS,** Jahrgang 1958, ist leitender Redakteur der „Berliner Zeitung“. Er arbeitet vorwiegend auf dem Gebiet der Rechts- und Innenpolitik. Zuletzt erschien von ihm das Buch „Wir kriminellen Deutschen“, München: Siedler Verlag, 2004.

# Abgeordnete im Internet



# Votings, Chats und



Fast alle Bundestagsabgeordneten präsentieren sich heute mit einem eigenen Angebot im Internet. 1998 hatte nur jeder dritte Parlamentarier eine eigene Homepage. Doch spätestens im Bundestagswahlkampf 2002 wurde deutlich, wie wichtig dieses Medium für die Politik und vor allem für die mündigen Bürgerinnen und Bürger ist. Die nämlich informieren sich mehr und mehr im World Wide Web, wenn sie wissen wollen, was ihre Abgeordneten zu sagen haben.

# Gästebücher

Text: Kathrin Gerlof  
Fotos: studio kohlmeier





**1993 gibt der European Council for Nuclear Research (CERN) „www“ für die Öffentlichkeit frei. Ein Jahr später gründen Jim Clarke und Marc Andreessen Netscape Communications und bringen den ersten Browser auf den Markt. Es existieren inzwischen drei Millionen Hosts. Das sind vernetzte Computer, die auf andere Internetcomputer zugreifen können.**



## Jörg Tauss

**A**ls Jörg Tauss 1994 für die SPD in den Bundestag zog, herrschte, wie er heute sagt, noch Steinzeit, wenn es um neue Kommunikationstechnik ging. „Das gute alte Fax, die gelbe Schneckenpost und das Telefon standen uns zur Verfügung. Mein Modem habe ich selbst installiert, eigene Homepages von Abgeordneten gab es natürlich noch nicht. Ich habe mir die erste selbst gebastelt und war darauf gewaltig stolz.“

Jörg Tauss wollte damals, dass alles schneller vorangeht. Mit fünf anderen Abgeordneten aus allen Fraktionen und Mitarbeitern der Freien Universität in Berlin rief er ein Projekt ins Leben, das Parlamentariern den Weg ins Internet erleichtern und ihnen zu eigenen Homepages verhelfen sollte. „Wir wollten politische Kommunikation übers Netz machen und haben begonnen, Anträge ins Internet zu stellen und zu diskutieren. Fachbezogene Netzwerke sollten entstehen. Heute ist das alles selbstverständlich. Kaum vorstellbar, dass nur zehn Jahre vergangen sind.“

Jörg Tauss, Jahrgang 1953, hat sich in seiner Arbeit im Bundestag von Beginn an mit den Fragen rund um die Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft befasst. Er war Mitglied der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ und ist seit 2000 Mitglied im Unterausschuss Neue Medien, ebenso wie im Chaos-Computer-Club. Nicht umsonst also erklärte Focus-Online den Mann aus

Baden-Württemberg zu einem der wichtigsten Internetmacher im Bundestag, und der Spiegel verlieh ihm gar den Spitznamen „Inter-Tauss“.

Über die eigene Homepage Kommunikations- und Informationsangebote zu unterbreiten, ist für den Abgeordneten selbstverständlich. Wichtigste Kriterien: ein Höchstmaß an Information und Aktualität gewährleisten, auf Anfragen schnell reagieren, Politik transparent und nachvollziehbar machen.

Wer auf die Homepage von Jörg Tauss geht, um Informationen zu erhalten, wird nicht enttäuscht und findet sich leicht und gut zurecht, auch wenn es dem Abgeordneten selbst noch etwas zu wuselig zugeht. Jörg Tauss wurde 2002 vom Verband der deutschen Internetwirtschaft zum Internetpolitiker des Jahres gekürt. Das hätte er 1994, als er im Abgeordnetenbüro heimlich sein erstes Modem installierte, sicher nicht gedacht. Dass es mal so weit kommen würde.



[www.tauss.de](http://www.tauss.de)

## Ilse Aigner

**D**ie CDU/CSU-Abgeordnete Ilse Aigner braucht man gar nicht erst zu fragen, wie ihr Verhältnis zu den Technologien der Zukunft ist. Die gelernte Elektrotechnikerin aus Oberbayern hat unter anderem fünf Jahre in der Hubschrauberentwicklung gearbeitet. Sie ist seit 1998 im Bundestag und selbstverständlich von Beginn an mit einer eigenen Homepage im Netz. Auf dem Mousepad neben ihrem Laptop im Büro sind stramme bayerische Männerwaden zu sehen. Da verbünden sich mit einem Augenzwinkern Tradition und Fortschritt.

Ilse Aigners Homepage ist gut besucht, 3.765 Gäste waren es allein im Januar. „Die Struktur für die Homepage habe ich mit meiner Mitarbeiterin Steffi Janke gemeinsam erarbeitet. Meine Erfahrung ist, dass viele wissen möchten: Was ist das für ein Mensch, was für eine Geschichte verbindet sich mit ihm und welche politischen Inhalte vertritt er?“

Man muss das Rad nicht neu erfinden, aber ein eigener Stil ist schon wichtig. Vor allem versuche ich darzustellen, was ich den ganzen Tag mache. Offenheit ist mir wichtig und natürlich eine gute Struktur der Seite, die es jedem ermöglicht, sich schnell zurechtzufinden.“ Aktualisiert wird die Homepage, wenn möglich, täglich.

Viele Texte schreibt die Abgeordnete selbst, aber sie kann sich auf das eingespielte Büroteam jederzeit verlassen und auch darauf, dass keine alten Kamellen auf der Startseite zu finden sind. „Nachvollziehbarkeit von Politik

**1998 werden bei Network Solutions zwei Millionen Domains, also Adressen einer Homepage im Internet, registriert. In Deutschland genießen Internetadressen laut einem Gerichtsurteil Markenschutz.**

**Laut einer Studie verfügt 2002 jede zweite deutsche Familie über einen Internetzugang. 2004 nutzen 54,7 Prozent der Deutschen das Internet. Der größte prozentuale Anteil der Nutzer ist in der Altersgruppe 14 bis 19 Jahre zu finden.**



## Antje Vogel-Sperl



hat allerdings auch etwas damit zu tun, dass man in Archiven nachschauen kann, was jemand vor längerer Zeit getan und gesagt hat. Und Service ist ebenfalls ganz wichtig. Downloads müssen angeboten werden, Links empfohlen, der Zugriff auf die einzelnen Informationen soll einfach sein.“

Auf dem Schreibtisch der Abgeordneten, die noch richtig Schreibmaschine schreiben gelernt hat, liegt der kleine Kommunikator, transportable Verbindung zur Welt. Als Ilse Aigner 1988 ihren ersten Computer bekam, musste man sich vieles noch selbst programmieren, vom World Wide Web war noch keine Rede. Heute ist es aus der Arbeit nicht mehr wegzudenken, nicht in der Arbeit und nicht privat. „Recherchen ohne Internet kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen. Und wenn ich mal Ski fahren will, schaue ich mir im Computer an, wie die Schneeverhältnisse auf dem Sudelfeld sind.“

[www.ilse-aigner.de](http://www.ilse-aigner.de)

Die Esslinger Abgeordnete Antje Vogel-Sperl von Bündnis 90/Die Grünen, 2002 in den Bundestag eingezogen, hat mit ihrer Homepage noch einiges vor. Dass das Informationsangebot laufend erweitert wird und vor allem noch mehr Hintergrundinformationen zu aktuellen politischen Themen angeboten werden, ist für die Abgeordnete selbstverständlich. Es geht ihr vor allem darum, den interaktiven Teil weiter auszubauen. Gegenwärtig gibt es bereits ein Diskussionsforum zu aktuellen Themen, ein Gästebuch und das „Aktuelle Voting“ zu Fragen, die viele Menschen beschäftigen.

Im Aufbau befindet sich außerdem ein Newsletter. Und überlegt wird, ob zusätzlich regelmäßig Chats zu aktuellen Themen angeboten werden, eine Form der Interaktion, die nicht einfach zu handhaben ist und im politischen Bereich noch nicht allzu häufig genutzt wird. „Es ist auch schwierig, in der oft sehr verkürzten und manchmal eher flapsigen Sprache, die in Chat-Rooms üblich ist, über schwierige politische Inhalte zu debattieren“, sagt die Abgeordnete. „Andererseits ist es ein sehr direkter Kontakt, der Spontaneität zulässt und viele Meinungen. Und es spricht vor allem jüngere Menschen an.“ Die Darstellung der eigenen Person im Netz und der politischen Inhalte, die sie vertritt, hat der 48-jährigen Diplom-Chemikerin bereits im Wahlkampf 2002 große Dienste geleistet. „Vernetzung in der Parteiarbeit und in der parlamentarischen Arbeit ist in der

Informationsgesellschaft extrem wichtig geworden. Das Internet ist dafür einfach das schnellste Medium mit den größten Möglichkeiten, was Flexibilität und Aktualität anbelangt. Eigentlich kann man den Wissenszuwachs, den das Internet ermöglicht, derzeit und in Zukunft mit steigender Tendenz gar nicht hoch genug einschätzen. Auf meiner Homepage möchte ich vor allem die politischen Themen, an denen ich arbeite, unter anderem nachwachsende Rohstoffe als Ölquellen von morgen, nachvollziehbar präsentieren. Wichtig ist mir auch bei der Stichwortsuche – zum Beispiel Bioraffinerien – über die Internetsuchmaschinen präsent zu sein.“

So wie auf dem Mousepad der Abgeordneten findet man beispielsweise auch auf der Website die einfache und verständliche Darstellung der Funktionsweise einer Bioraffinerie. Das kann so manche Hausaufgabe erleichtern und macht zugleich auch dem Laien deutlich, womit sich die Abgeordnete in ihrer Arbeit beschäftigt: zum Beispiel mit Bioraffinerien, einem Konzept für eine Zukunft ohne Öl. Dazu passend findet unter dem Link „Interaktiv“ eine aktuelle Abstimmung zur Frage „Abhängigkeit von Erdöl“ statt.

[www.vogel-sperl.de](http://www.vogel-sperl.de)







**Laut einer repräsentativen Onlineumfrage aus dem Jahre 2002 zur Bedeutung des Internets im Bundestagswahlkampf halten 84 Prozent der Befragten persönliche politische Schwerpunkte des Kandidaten für wichtig bis sehr wichtig.**



## Hans-Joachim Otto

Im Juni 2001 machte der FDP-Abgeordnete Hans-Joachim Otto ein Experiment. Er installierte in seinem Bundestagsbüro eine Webcam und konnte so im Internet rund um die Uhr bei der Arbeit beobachtet werden. Man musste nur auf seine Homepage gehen. „Ich bin andauernd gefragt worden, was ich den ganzen Tag mache und wollte, dass sich jeder sein eigenes Urteil bildet“, erklärt der 52-jährige Heidelberger seine damalige Aktion. Auf seinem Schreibtisch hockt, wie zur Untermalung des Anliegens, ein Plüschhamster in einem Laufrad. „Ganz so war es nicht gemeint“, sagt Hans-Joachim Otto, „und ich hatte auch unterschätzt, dass der größte Teil der Arbeit ja nicht im Büro, sondern im Plenum und bei Terminen stattfindet.“ Trotzdem war die Aktion ein unkonventioneller Versuch, das Medium Internet zur Darstellung der eigenen Arbeit zu nutzen.

Hans-Joachim Otto ist seit 1998 kultur- und medienpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Sein Ansatz: Das Internet ist ein Gebrauchsmedium und kein Dauerspielzeug. Und es gewinnt in der politischen Arbeit immer mehr an Bedeutung. Auch für den Dialog zwischen Gewählten und Wählern. Auf seiner Homepage gibt es ein Forum, in dem Besucher ihre Meinung zu politisch aktuellen Themen kundtun und zugleich miteinander und mit dem Abgeordneten diskutieren können. Dazu kommt ein Gästebuch, das ebenfalls viel genutzt wird. „Über das Internet kann ich schnell die Meinung



anderer zu Themen, an denen ich arbeite, einholen. Ich habe beispielsweise eine Umfrage zur Rechtschreibreform gemacht. Die ist nicht repräsentativ, aber es haben sich 1.114 Menschen daran beteiligt, und das nehme ich natürlich in meine Arbeit auf.“

Für den Abgeordneten sind die Vorteile des Mediums klar: „Das Internet ist wichtig für Information und Kommunikation, und seine Bedeutung für die Bürgerbeteiligung wächst. Es ist inzwischen sogar eines der besten Kommunikationsmedien, die wir haben, und für die Arbeit eine große Erleichterung und qualitative Verbesserung.“

Vor allem der demokratische Aspekt ist dem Abgeordneten Otto wichtig. Er nutzt seine Homepage beispielsweise, um Protestaktionen per E-Mail zu organisieren. „Man muss Angebote machen“, sagt er, „damit andere agieren können.“

[www.hans-joachim-otto.de](http://www.hans-joachim-otto.de)

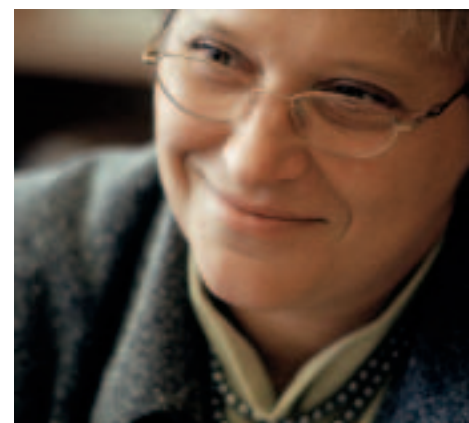


## Nicolette

Das Internetangebot der 46-jährigen Abgeordneten aus Baden-Baden kann sich wirklich sehen lassen. Es ist umfangreich, aber nicht verwirrend, und setzt vor allem auf Information und Service. Ein ganz einfacher, aber sehr gefragter Service ist beispielsweise die Möglichkeit, per E-Mail Broschüren zu politischen Schwerpunktthemen zu bestellen. 20 bis 30 Bestellungen gehen pro Woche ein und werden zügig bearbeitet. Verschiedet werden die Broschüren per Post.

„Eine Homepage ist Ausdruck der eigenen Persönlichkeit. Deshalb lege ich viel Wert darauf, selbst zu bestimmen, wie meine Website aussieht, welche Inhalte sie enthält und wie das Verhältnis von Politischem und Persönlichem ist. Beides ist wichtig, denn die Menschen wollen wissen, mit wem sie es zu tun haben. In meinem Büro steht

[www.kressl.de](http://www.kressl.de)



**2002 gewinnt die SPD-Abgeordnete Nicolette Kressl den Webseitentest „eCandidates“. 638 Seiten von Bundestagskandidaten mit eigenen Domainnamen werden für den Test analysiert und nach 40 Kriterien bewertet.**

**2004 sind 76,7 Prozent der Internetnutzer jünger als 49 Jahre. Der größte Anteil ist in der Altersgruppe 30 bis 39 Jahre zu finden.**



## Kressl

das Thema Homepage jede Woche auf der Tagesordnung, wir besprechen, was aktualisiert werden muss, und reden natürlich über neue Ideen.“

Nicolette Kressl hat sich für eine gute Mischung aus Information und Unterhaltung entschieden. Auf ihrer Homepage kann man sich zum Beispiel den schönsten Wanderweg in ihrem Wahlkreis anschauen. Man kann auch sehen, wie Nicolette Kressl als Kind aussah, und unter der Überschrift „Golden Girls“ erfährt man etwas über die Wohngemeinschaft der Abgeordneten. In erster Linie aber wird man über aktuelle Themen informiert und bekommt dazu viel Hintergrund geliefert, beispielsweise durch Downloadangebote und einen Newsletter. Die Mischung stimmt.

„Ich prüfe alles, was mit meiner Arbeit zu tun hat, auf Relevanz für das Internet. Extern arbeitet mein Webmaster Stefan Hintermeier an der Aktualisierung der Homepage. Den müssen wir also regelmäßig mit Informationen versorgen und das zwingt dazu, das Thema Internet nie aus den Augen zu verlieren.“

Nicolette Kressl, selbst eine regelmäßige Nutzerin von Suchmaschinen, hat festgestellt, dass die meisten Zugriffe auf ihre Seite, pro Tag sind das rund 1.100, über Google laufen. „Das heißt: Die Menschen suchen nach Inhalten. Und wenn ich zu den Inhalten etwas auf meiner Website anbiete, landen sie dann bei mir. Daraus ergibt sich ganz klar, wo die Prioritäten liegen müssen.“

## Günter Krings

Als der CDU/CSU-Abgeordnete Günter Krings 1995 von einem Studium in den USA nach Deutschland zurückkehrte, war das im Hinblick auf Informations- und Kommunikationstechnologien ein kleiner Zeitsprung. An der Universität in Philadelphia hatte der heute 35-Jährige eine E-Mail-Adresse, die in Deutschland nicht funktionierte, und vom Internet fing man hier gerade an zu reden.

2002, als der Rechtsanwalt Krings sich um ein Bundestagsmandat bewarb, sah die Welt schon anders aus. „Die Homepage war für mich im Wahlkampf von Beginn an Chefsache. Inhalt stand an erster Stelle. Ein gutes Design ist natürlich wichtig, könnte aber nie einen Mangel an Inhalten überdecken. Ich lege großen Wert auf Aktualität, aber es ist mir wichtig, dass die Leute auch nachlesen können, was ich vor drei Jahren zu einem Thema gesagt habe. Das hat was mit Glaubwürdigkeit zu tun, finde ich.“

Die Impulse für das, was auf die Homepage kommt, gibt der Abgeordnete aus Mönchengladbach meist selbst, beraten aber wird immer im Team.

In der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern setzt Günter Krings auf E-Mail. Gästebücher und Chat-Rooms können das aus seiner Sicht nicht ersetzen. Da sei ihm, sagt er, beispielsweise der „Krings-Brief“ wichtiger, in dem er regelmäßig über seine Arbeit im Bundestag und im Wahlkreis berichtet.



„In Chat-Rooms findet nur selten eine wirklich vertiefte Auseinandersetzung statt. Aber natürlich ist das eine Form, die vor allem von jungen Menschen gern genutzt wird, und das darf man nicht vernachlässigen. So habe ich zum Beispiel bei [www.mitmischen.de](http://www.mitmischen.de), einem Angebot des Bundestages für junge Leute, kürzlich an einem Chat auf der Popkomm teilgenommen. Solche Themen bieten sich dafür an. Bei E-Mails ist die Schwelle, Kontakt aufzunehmen und Fragen zu stellen, niedriger. Viele, die sich auf diese Art an mich wenden, würden sicher keinen Brief schreiben.“

Günter Krings beantwortet die Mails selbst und möglichst zeitnah und ist auch ansonsten einer, der das Internet viel nutzt, für die Arbeit und auch für ganz persönliche Recherchen. Eine seiner Lieblingsseiten im Internet ist die, auf der verschiedene Arten von Pfeifentabak beschrieben werden, und eine der meistgenutzten die Verbundseite der deutschen Antiquariate. „Ein schönes Beispiel, wo sich ein ganz altes Medium, das Buch, mit einem ganz neuen Medium verbindet.“

[www.guenter-krings.de](http://www.guenter-krings.de)



# Wir leben in einer spannenden **Zeit**

Die Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Angela Merkel, weiß, dass es nicht nur darauf ankommt, das Richtige zu tun. „Man muss auch den richtigen Zeitpunkt finden“, sagt sie.

**Sie sind Teil des Ganzen, ein Zusammenschluss von Abgeordneten, die gleiche politische Grundüberzeugungen haben und in der Regel der gleichen Partei angehören.**

**Vier Fraktionen sitzen gegenwärtig im Deutschen Bundestag. Jede von ihnen hat eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden, eine wählt eine Doppelspitze. Die Funktion ist mit vielen Pflichten und vielen Rechten verbunden. Wer sie innehat, muss integrieren können und darf das Rampenlicht nicht scheuen.**

**Fraktionsvorsitzende haben es nicht einfach, aber ihre Arbeit ist schön.**



In ihrem Büro geht es an diesem lichtlosen, grauen Tag ruhig zu. Das neue Jahr hat gerade erst begonnen und alles scheint noch ganz und gar gelassen. Zwar klingeln die Telefone in den Vorzimmern der Fraktionsvorsitzenden, werden Akten und Ordner hin- und hergetragen und eine Menge neue Termine in Kalender geschrieben, aber der runde Tisch im Arbeitszimmer von Angela Merkel ist mit Kaffeetassen und Gläsern eingedeckt und sie selbst sitzt bereits dort, bereit für ein Gespräch. Dass solche Ruhe nur eine Momentaufnahme sein kann, beweisen vielleicht die Papiere, die Angela Merkel vor sich liegen hat, um selbst die wenigen Minuten zwischen zwei Terminen zu nutzen.

Noch kurz zuvor hat man bei der Vorbereitung des Gesprächs ein ganz anderes Bild gesehen von der Frau, die einer Partei mit 600.000 Mitgliedern vorsteht und einer Bundestagsfraktion, der 248 Abgeordnete angehören. Auf diesem Foto, in einer großen Tageszeitung veröffentlicht, sitzt Angela Merkel in einer Fischerhütte auf der Insel Rügen. 15 Jahre ist das her und das Bild sieht aus wie das Gemälde eines alten holländischen Meisters mit dem Titel „Fünf Fischer und eine Frau“. Auch wenn vielleicht das Gegenteil bewiesen werden sollte, hat die Frau auf dem Foto noch viel gemeinsam mit der Politikerin, die heute in einem großen Büro im Jakob-Kaiser-Haus sitzt. 1990 begann ihr politischer Weg, alles

**„In der Fraktionsarbeit gefallen mir vor allem die Zeiten und Diskussionen, in denen etwas Neues entsteht.“**



war noch offen und niemand hätte sagen können, dass dieser Weg immer weiter bergauf führen wird.

Das Land, in dem Angela Merkel gelebt hatte, war gerade verschwunden, vieles, zumindest mehr als heute, schien möglich, und aus diesen Unwägbarkeiten konnten sich Spannung und Neugier nähren. In dem Jahr, als dieses Foto entstand, wurde Angela Merkel, die promovierte Physikerin, deren Forschungsgebiet die Quantenchemie war, Mitglied der CDU Ost, die sich im Oktober des gleichen Jahres mit der CDU West zusammenschloss. Und im Dezember dann erkämpfte die 1954 in Hamburg als Tochter eines Theologen und einer Lehrerin Geborene im Wahlkreis Stralsund-Rügen-Grimmen ein Direktmandat für den Bundestag.

Fraktionsvorsitzende ist Angela Merkel erst seit 2002. In den elf Jahren davor war sie Bundesministerin für Frauen und Jugend, Landesvorsitzende der CDU in Mecklenburg-Vorpommern, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Nach dem Regierungswechsel 1998 wurde sie Generalsekretärin der CDU, zwei Jahre später deren Vorsitzende.

Wer so in die Öffentlichkeit rückt und im öffentlichen Raum agiert, wird immer interpretiert und gedeutet, in allem hinterfragt und bei jeder Gelegenheit erklärt. Das geht der Parteivorsitzenden genauso wie der Fraktionsvorsitzenden. Aber das bringt sie

nicht davon ab, die Dinge so zu tun, wie sie es für richtig hält.

In der Fraktionsarbeit, sagt Angela Merkel, gefielen ihr vor allem die Zeiten und Diskussionen, in denen etwas Neues entsteht. „Das sind die besten Debatten, wie beispielsweise die um eine europäische Verfassung. Man hat noch Gestaltungsspielraum. Sie können sich das wie bei einem Vulkan vorstellen, wenn die Gesteinsmasse noch flüssig, weil heiß ist, wenn die Kraft des Arguments noch den Prozess der Verfestigung beeinflussen kann. Wenn kritische Fragen etwas voranbringen oder aufbrechen können. Und natürlich, wenn man am Ende das Gefühl hat, auch aus der Opposition heraus etwas verändert und bewegt zu haben.“

Nach solchen Sternstunden befragt, nennt die Politikerin die fast dreizehn Jahre zurückliegende Hauptstadtdebatte, die Debatten um ein Zuwanderungsgesetz und um Einsätze der Bundeswehr in Krisengebieten und die zum Thema Bioethik. Letztere vor allem auch deshalb, weil hier sonst geltende Fraktionszwänge aufgebrochen sind zugunsten einer noch größeren Verantwortung des Einzelnen.

Angela Merkel ist schon oft gefragt worden, ob es einer Naturwissenschaftlerin leichter fällt, politische Arbeit zu strukturieren und vielleicht zu versachlichen, wenn Emotionen hohe Wellen schlagen. Da ist sie sehr vorsichtig und zugleich wagemutig, denn sie münzt die Frage um in die

Überlegung, wie unterschiedlich Männer und Frauen agieren, wenn sie Führungsfunktionen haben. Es gebe ja, sagt sie, eine interessante Theorie dazu: Frauen versuchten, das ganze System zu überblicken und sich dafür vielleicht auch mehr Zeit zu nehmen, während Männer oft schnell anfangen zu agieren. „Beobachten Sie mal, wie Jungen und Mädchen in einem Physiklabor arbeiten“, sagt sie und lacht. „Die Jungen legen meist einfach los, während sich die Mädchen erst einmal mit der Versuchsanordnung vertraut machen, nachlesen und gelernte Gesetzmäßigkeiten rekapitulieren. Natürlich“, sagt sie, „agiere ich an manchen Stellen anders als vielleicht ein Jurist. Aber es ist schwer auseinander zu halten, ob das eine Frage des Charakters oder eine des erworbenen Wissens ist. Sicher lege ich großen Wert auf Präzision. Eine Definition ist eine Definition und zwei plus zwei ist vier und nicht 3,8 oder 4,1.“

Wichtig sei ihr in der Fraktionsarbeit, zu Beginn der Woche ein Gefühl für die nächsten Arbeitstage zu bekommen, ein Gespür dafür, welche Schwierigkeiten vielleicht vor einem liegen und worauf sich Kräfte konzentrieren müssen. Das hat weniger mit Quantenchemie und mehr mit politischer Erfahrung, Qualität und Führungsstil zu tun. „Ich will im Grundsatz gerecht sein und ein Klima erzeugen, in dem alle ernsthaft miteinander streiten, aber bitteschön auch mal miteinander



„Ich will im Grundsatz gerecht sein und ein Klima erzeugen, in dem alle ernsthaft miteinander streiten, aber bitteschön auch mal miteinander lachen können.“

lachen können. Wer viel arbeitet, muss an dieser Arbeit auch Spaß haben. Ich habe es mit 247 frei gewählten, selbstbewussten und selbständigen Menschen zu tun. Das kann man nicht mit einem Chef-Angestellten-Verhältnis vergleichen. Und das ist auch das Spannende an dieser Arbeit.“

Das Schwierige sei, sagt die Fraktionsvorsitzende, dass in Sitzungswochen die Zeit oft aus den Fugen gerate. Manchmal sei die Zeit knapp und man wisse doch, dass es in der Politik nicht nur darauf ankommt, das Richtige zu tun, sondern auch den richtigen Zeitpunkt für das, was man tut, zu bestimmen.

In solchen Zeiten hilft der 50-jährigen manchmal ein Ausflug aufs Land. Der ist logischerweise nur sehr selten möglich, aber wenn, dann zieht es Angela Merkel dahin, wo sie aufgewachsen ist: in die Uckermark.

„Zwei Stunden spazieren gehen, mal niemanden treffen und einfach die Natur genießen.“ Das ist ein ganz bescheidener Wunsch und klingt nach einer großen Sehnsucht. Zumal Angela Merkel an dieser Stelle beginnt, über Landschaft zu reden, über Seen und Buchenwälder und die Gegend, die einmal Grundmoräne war, und in der heute nicht allzu viel los ist. Aber eine Schönheit ist da, die sich aus viel Natur und viel Ruhe speist und für Angela Merkel sicher auch aus dem Gegensatz zum Alltag.

Und weil man über Sehnsüchte redet und weiß, dass kaum ein Politiker oder eine Politikerin von sich sagt, sie hätten schon als Kind werden wollen, was sie heute sind, fragt man nach der ersten Sehnsucht in ganz frühen Jahren, da Angela Merkel noch Angela Kasner war und in der uckermärkischen Kreisstadt Templin zur Schule ging. „Eiskunstläuferin“, sagt sie und lacht laut. „Das Traumpaar Marika Kilius und Hans-Jürgen Bäumler hatte es mir ziemlich angetan. Eiskunstläuferin hätte ich sicherlich am allerwenigsten werden können, aber daran orientieren sich Kinderwünsche nicht. Es war auch nur kurze Zeit ein Traum, danach wollte ich viele Jahre lang Lehrerin werden.“

Beides ist sie nicht geworden. Aber sie hat eine spannende Alternative gewählt.

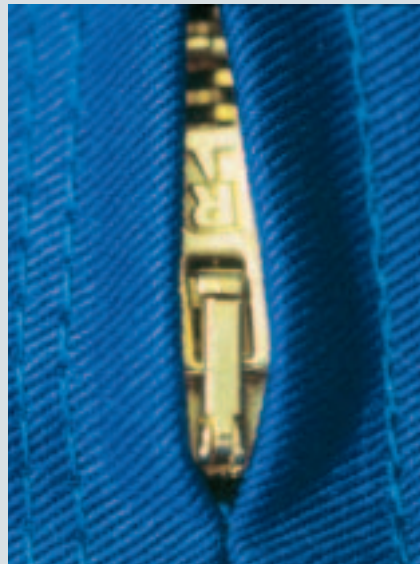
Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier

„Zwei Stunden spazieren gehen, mal niemanden treffen und einfach die Natur genießen.“





# KLEIDERORDNUNG





# KLEIDERORDNUNG

Neu ist eine solche Ordnung nicht: Einheitliche Kleidung für Bedienstete gab es bereits im 13. Jahrhundert. Die Livree, so vermutet man, war der ursprüngliche Ausdruck für die Garderobe in den Wappenfarben des Dienst- oder Schutzherren. Nicht selten sah sie ausgesprochen dekorativ aus, auch wenn sie häufig nicht der gängigen Mode entsprach, sondern allein den Wünschen der Herrschaft. Auch der Begriff Uniform kommt aus dem Französischen, ob man ihn allerdings mit Einheitlichkeit oder aber mit Einförmigkeit übersetzt, ist eine Frage des Standpunktes.

Auch im Bundestag müssen sich viele an vorgeschriebene Kleiderordnungen halten. Damit

man ihnen ansieht, wofür sie zuständig sind, damit man Respekt vor ihnen hat, weiß, wer vor einem steht, und es einem leicht fällt, sich an den Richtigen zu wenden, wenn man eines Dienstes bedarf.

Legendär ist sicher der Frack der Saaldiener. Putzfrauen tragen Dienstkleidung, in den Restaurants und Cafeterias gibt sich das Personal zu erkennen, Pförtner präsentieren seriöses Dunkelblau und blitzende Knöpfe, Handwerker bevorzugen den Blaumann.

Für Abgeordnete gibt es keine Vorschriften. Auch wenn sie manchmal den Eindruck erwecken.

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier





## Wann war's – wer war's?

Lesen Sie Michael S. Cullens Episode aus der Geschichte des Reichstagsgebäudes, beantworten Sie seine Frage und gewinnen Sie eine Reise nach Berlin. FOTOS: STUDIO KOHLMEIER, PICTURE-ALLIANCE

### Wenn Parlamentarier lachen

**H**umor gehört zum parlamentarischen Alltag. Und auch vor hundert Jahren wurde in heißen Debatten häufig gelacht. Besonders heiter ging es beispielsweise zu, wenn über die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten debattiert wurde.

So bei der Suche nach einem neuen Standort für den Reichstag, der im unzureichenden Gebäude des Preußischen Abgeordnetenhauses tagte. Als man 1872 feststellte, dass das Grundstück an der Ostseite des Berliner Königsplatzes nicht zu bekommen war, richtete sich die Aufmerksamkeit auf die Kroll-Oper an der Westseite. Wegen der großen Entfernung zur Berliner Innenstadt regte sich jedoch Unmut unter den Abgeordneten, und schon bald wandelte man eine Gedichtzeile von Heinrich Heine um: „Ich krolle nicht, und wenn das Haus zerbricht.“

Auch der Abgeordnete August Reichensperger war gegen einen Umzug, was er bildlich zum Ausdruck brachte: „Ob das würdig ist, wenn um die Winternachtszeit die Vertreter der deutschen Nation schlotternd oder triefend durch das Brandenburger Thor einmarschieren – das scheint mir doch sehr zweifelhaft zu sein.“

Der Abgeordnete Ludwig Bamberger kritisierte hingegen humorvoll die Forderung des Kroll-Inhabers: „Wenn

ich recht unterrichtet bin, so wartet der jetzige Eigenthümer des Kroll'schen Etablissements auf die 2, 3, 4 Millionen, die wir ihm zahlen sollen, um selbst in die Stadt hinein zu wandern, und auf dem Theile, wo wir sein sollten, sein Theater zu bauen; dann wird er als Inschrift an die Giebelfront



Der Königsplatz mit Siegestsäule und Reichstagsgebäude um 1900.

seines neuen Baues schreiben: ‚Dem deutschen Reichstage der dankbare Kroll!‘“

Selbst Kaiser Wilhelm I. zeigte Humor im Umgang mit dem Problem. 1875 schrieb er Otto von Bismarck: „Es ist so viel über den zu wählenden Bauplatz gesprochen, discutirt, geplant, etc. worden, daß meiner Ansicht nach nur der Kroll'sche Platz zu wählen übrig bleibt, dem doch eigentlich nur der gefürchtete Schnupfen einiger kränk-

licher Députierter entgegensteht, den man sich auf dem Wege vom Brandenburger Thor zum Parlamentsgebäude zuziehen könne, aber nicht muß ... ganz abgesehen, daß jene Opponenten schwerlich die Vollendung des Baus noch erleben werden, und deren Fürsorge für später zu Verschnupfende doch sehr weit ginge, wenn man diese Fürsorge eingehen wollte!“

Als Reichensperger 1879 forderte, die Neubaupläne aufzugeben, weil der Kaiser den Reichstag an jedem Ort einberufen könne, erwiderte Franz Freiherr Schenk von Stauffenberg, der Großvater des Widerstandsoffiziers: „... wenn man die logische Konsequenz ziehen wollte, [müsste das] zum Bau eines beweglichen und transportablen Reichstagsgebäudes führen.“ Und auch Bismarck meldete sich spöttisch zu Wort. Als Paul Wallot 1882 seine Pläne für das Reichstagsgebäude überarbeitete, lag der Plenarsaal gut zehn Meter über der Straße. Bismarck, heißt es, habe geschimpft, dass er vier Treppen steigen müsse. Als ihn ein Reichstagsmitglied auf die Möglichkeit eines Lifts aufmerksam machte, polterte er: „Was, da soll ich mich im Reichstag noch aufziehen lassen?“

Die Preisfrage lautet: **Wie heißt der Königsplatz heute?**

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 25. Februar 2005.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 9/04 lautet: Das Deutsche Reich wurde am 18. Januar 1871 gegründet. Eine Reise nach Berlin hat Egon Kaltoven aus Villingen-Schwenningen gewonnen.

BLICKPUNKT  
BUNDESTAG



# Geschichte des Bundestages

Sonderthema



# Wegmarken

## Im Brennpunkt der Geschichte

60 Jahre deutsche Nachkriegsgeschichte – in der Rückschau erweist sich, wie viele historisch zu nennende Auseinandersetzungen und Entscheidungen wir mit dem Bundestag verbinden.

Auf den folgenden Seiten erinnern wir an einige dieser vielen wichtigen Wegmarken.

**Sie zeigen: Immer wieder stand der Bundestag im Brennpunkt der Entwicklung.**



Text: Gregor Mayntz

Fotos: picture-alliance, Deutscher Bundestag, Ullstein Bild

### 1 Besatzungszonen

Die Zonengrenzen wurden bereits 1944 festgelegt. Die sowjetische Zone reicht 160 Kilometer über Berlin hinaus nach Westen, die britische umfasst im Wesentlichen den verbleibenden nördlichen, die amerikanische den verbleibenden südlichen Teil. Aus beiden Zonen wird 1945 eine Zone für Frankreich abgetrennt. Zur eigenen Truppenversorgung übernehmen die Amerikaner Bremen als Enklave.

### 2 Reparation

Reparationsleistungen aus Deutschland sollen eine Wiedergutmachung für wenigstens einen Teil der von den Deutschen angerichteten Schäden darstellen. Gleichzeitig wollen sie damit deutsche Kriegskapazitäten beseitigen. Die Alliierten vereinbaren zudem, „dem deutschen Volk genügend Mittel (zu) belassen, um ohne eine Hilfe von außen zu existieren“. Moskau verlangt 20 Milliarden Dollar für die vier Mächte, davon zehn allein für sich. Nach westlichen Berechnungen holt die Sowjetunion aus ihrer Zone und später aus der DDR rund 14 Milliarden Dollar.

### 3 Luftbrücke

In der Nacht zum 24. Juni 1948 unterbinden sowjetische Kräfte sämtliche Energie- und Lebensmittellieferungen nach West-Berlin – sowohl über die Landverbindungen aus den westlichen Zonen als auch direkt aus der umgebenden Zone. Die Alliierten richten eine Luftbrücke ein, über die sie bis Mai 1949 das Überleben der West-Berliner mit 2,3 Millionen Tonnen Nahrungsmitteln, Medikamenten, Brennstoffen und Baumaterialien sichern.

## 1945 bis zum Parlamentarischen Rat Neubeginn



Köln in Trümmern, 1945.

Wer auch immer die Geschicke der Deutschen in diesem Sommer 1945 neu ordnen will, er kann nicht einmal bei Null anfangen. Dem Größenwahn im so genannten Tausendjährigen Reich ist der totale Zusammenbruch gefolgt. Die Städte liegen in Trümmern, die Menschen hausen unter primitivsten Bedingungen in Kellern und Verschlägen, Millionen Männer sind in Kriegsgefangenschaft, Millionen Vertriebene versuchen, eine Unterkunft zu finden.

Zur physischen Not kommen mentale Ohnmacht und Suche nach neuer Orientierung: In „deutschem Namen“ sind in den zurückliegenden zwölf Jahren Millionen von Verbrechern begangen worden. Durch die „bedingungslose Kapitulation“ vom 8. Mai 1945 ist nicht nur die vernichtende Niederlage der deutschen Wehrmacht besiegelt, es werden zugleich alle staatlichen Strukturen in Frage gestellt. Was in Deutschland geschieht und wie, das entscheiden die vier Siegermächte. Sie teilen Deutschland in **Besatzungszonen** 1, Berlin in Sektoren ein.

### Schlüssel für die Zukunft

Nach den vorbereitenden Konferenzen der Alliierten in Teheran und Jalta wird das Gipfeltreffen von Potsdam vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 zum Schlüssel für die Zukunft Deutschlands. Formal verständigen sich Washington, London, Paris und Moskau auf eine gemeinsame Vorgehensweise für Deutschland als Ganzes, doch faktisch zeichnet sich die künftige Teilung Deutschlands in West und Ost bereits ab.

So beschränkt sich der Zugriff der Sowjetunion zum Zweck der **Reparation** 2 im Wesentlichen auf die östlichen Teile, die Verfügungsgewalt der westlichen Besatzungsmächte auf ihre Zonen. Die Sowjetunion kommt mit ihrer Forderung nach Besetzung und Demontage des Ruhrgebietes nicht durch. Auf der anderen Seite nehmen die Westmächte widerwillig die Vertreibung Deutscher aus den östlichen Gebieten des zerschlagenen Reiches hin.

Die Konzeption für das Nachkriegsdeutschland fußt nach dem Pots-

damer Abkommen auf einem „Vier-D-Programm“: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung und Deindustrialisierung. Die Demokratisierung soll auch über freie Parteien und freie Presse auf den Weg gebracht werden. Auch sollen unter Kontrolle eines alliierten Kontrollrats deutsche Zentralverwaltungen und später deutsche Ministerien entstehen.

Aber es kommt anders. Der „Kalte Krieg“ zwischen dem sowjetischen Herrschaftsbereich und dem freien Westen wirft seine Schatten auf Deutschland voraus. Die Westmächte betreiben den Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft und einer politischen Ordnung mit Kommunalverwaltungen und Ländern, die frei gewählte Landtage und Landesregierungen haben. In der sowjetisch besetzten Zone weisen „Bodenreform“ und Industriesozialisierungen den Weg in die Planwirtschaft.

Zusammengefügt im „Demokratischen Block“ unter kommunistischer Führung sind die Parteien nur formal selbständig. Die Entwicklung gipfelt in der Vereinigung von KPD und SPD gegen den SPD-Mehrheitswillen zur SED. Nach der Verschmelzung von amerikanischen und britischen Besatzungsgebieten zur „Bi-Zone“ mit einheitlichem Wirtschaftsraum, der schließlich um die französische Zone zur „Tri-Zone“ erweitert wird, bilden die in Ost und West getrennt durchgeführten Währungsreformen 1948 die Vorstufe zur definitiven Teilung Deutschlands.

### Parlamentarischer Rat

1948 bekommen die Ministerpräsidenten der westlichen deutschen Länder den Auftrag zur Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung. Damit tun sich die Deutschen äußerst schwer. Denn so scheint der Zug zur Einheit endgültig aufs Abstellgleis zu geraten. Nicht zuletzt die Blockade Berlins, der die Westmächte mit einer groß angelegten **Luftbrücke** **3** begegnen, lässt die Einsicht reifen, dass die Trennung längst vollzogen ist. Die Länderchefs einigen sich, statt einer Verfassung ein „Grundgesetz“ zu erarbeiten, um den Übergangscharakter deutlich zu machen. Die Formulierung wird einem **Parlamentarischen Rat** **4** übertragen, der die Ziele der Bundesrepublik in seiner **Präambel** **5** fixiert und die Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Demokratie zieht.

### Neubeginn

Es gibt unveränderliche Grund- und Menschenrechte, das nicht mehr direkt gewählte Staatsoberhaupt hat rein repräsentative Aufgaben, der Bundestag bekommt eine zentrale Rolle und hat nunmehr die Verantwortung für die Arbeitsfähigkeit einer von der Mehrheit zu tragenden Regierung. Über den Bundesrat sind die Länder an der Bundesgesetzgebung beteiligt. Die **Bundestagswahl** **6** vom 14. August 1949 und die Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages am 7. September markieren den gelungenen Start einer neuen parlamentarischen Demokratie in Deutschland.

Konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rats, 1948.



### 4 Parlamentarischer Rat

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates werden von den elf Landtagen entsandt, die entsprechend der jeweiligen Kräfteverhältnisse einen Schlüssel für die 65 zu vergebenden Sitze festlegten. Auf diese Weise stellen CDU/CSU und SPD je 27 Mitglieder, die FDP fünf, Deutsche Partei, Zentrum und KPD je zwei. Hinzu kommen fünf Abgeordnete aus Berlin (SPD 3, CDU 1, FDP 1), die aber nicht stimmberechtigt sind.

### 5 Präambel

Die Präambel gilt als Schlüssel zum Selbstverständnis des neuen Staats. Darin heißt es unter anderem, das deutsche Volk sei „von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden zu dienen“. Es gehe darum, „dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben“. Das Volk habe „auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war“.

### 6 Bundestagswahl

Aufschlussreich sind die Slogans, mit denen die Parteien zu dieser ersten Bundestagswahl antreten. CDU und CSU werben mit „Das ganze Deutschland soll es sein. Zum ungeteilten Vaterland durch die CDU“ oder mit „1947 – Hunger! Not! Elend! 1949 – Vorwärts! Aufwärts! Der Erfolg der CDU!“ Die SPD plakatiert: „Nun erst recht: Sozialisierung! SPD“ oder „Alle Millionäre wählen CDU-FDP. Alle übrigen Millionen Deutsche die SPD“. Die FDP hebt hervor: „Deutschland darf nicht sozialistisch werden“ oder „Nur freie Wirtschaft bricht Not! Wählt FDP!“.

## 1 Kanzlerwahl

Zu den wichtigsten Aufgaben des Bundestages gehört es, für eine funktionsfähige Regierung zu sorgen. Auf Vorschlag des Bundespräsidenten stimmt der Bundestag in geheimer Wahl über den Bundeskanzler ab. Nötig ist die Mehrheit der Mitglieder des Parlaments. Das kann auch sehr knapp sein, wie schon die Wahl Adenauers zeigte: Er legte mit genau einer Stimme Mehrheit eine Punktländung hin.

## 2 Petersberger Abkommen

Das zwischen den drei Hohen Kommissaren und der Bundesregierung am 22. November 1949 geschlossene Abkommen führt zwar zu einer ersten Lockerung des Besatzungsstatuts (Deutschland darf konsularische Beziehungen zu anderen Staaten aufnehmen und internationalen Organisationen beitreten), doch muss Adenauer die als diskriminierend empfundene internationale Kontrolle des Ruhrgebietes hinnehmen.

## 3 Montanunion

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl aus dem Jahr 1952 gilt als Keimzelle der Europäischen Union. An die Seite der Montanunion tritt das Zusammenwirken in weiteren Wirtschaftszweigen (Euratom, EWG). Anders als diese ist die Geltung der Montanunion-Verträge auf 50 Jahre (bis 2002) begrenzt. Gegründet wird sie von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden.

Nach seiner Wahl 1 und Vereidigung führt einer der ersten Wege des Bundeskanzlers Konrad Adenauer (CDU) auf den Petersberg bei Bonn. Dort haben die Hohen Kommissare der Alliierten ihren Sitz. Sie lassen sich am 21. September 1949 von Adenauer das Kabinett vorstellen und überreichen das Besatzungsstatut.

Bis 1955 wird es dauern, dass die Bundesrepublik Deutschland souverän wird. Die ersten Regierungen arbeiten daran, diesen Prozess zu beschleunigen. Für sie steht fest, dass der Weg zur Wiedervereinigung unter demokratischen Vorzeichen verlaufen soll, und das geht nach ihrer Überzeugung nur über eine entschiedene Integration in den Westen. Für die Opposition sind das die falschen Prioritäten. Schon bei der Debatte über das Petersberger Abkommen 2 im September 1949 entwickelt sich eine leidenschaftliche Auseinandersetzung, in deren Verlauf der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher den Regierungschef als „Kanzler der Alliierten“ kritisiert. Die SPD trägt im Folgenden auch Deutschlands Mitwirken bei der Montanunion 3 und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht mit.

Einen weiteren Höhepunkt erreicht die Debatte um den besseren Weg zur

Wiedervereinigung im Jahr 1952, als die Sowjetunion den Alliierten sofortige Verhandlungen über die Vereinigung Deutschlands anbietet. Ist dies ein echtes Angebot, oder zielt der Vorstoß nur auf die Beeinflussung der Öffentlichkeit, um die Bundesrepublik von der absehbaren Wiederbewaffnung abzuhalten?

Die Regierungsmehrheit sieht unter anderem in der fortschreitenden Militarisierung der DDR Hinweise auf einen bloßen Bluff, die Sozialdemokraten kritisieren, dass die Ernsthaftigkeit der „Deutschland-Note“ nicht näher ausgetestet wird.

Die politische Gegnerschaft zwischen Adenauer und Schumacher, die die ersten Jahre der Republik prägte, bezeichnet Schumachers Mitarbeiterin, die spätere Bundestagspräsidentin Annemarie Renger, auch als „glückliche Fügung“. Gerade in den Anfängen der Bundesrepublik hätten zwei so starke und unterschiedliche Persönlichkeiten das Parlament zu dem Forum gemacht, auf dem um die großen Fragen der Nation in Verantwortung von Regierung und Opposition gerungen worden sei, was schließlich „zum bleibenden Bekenntnis unseres Volkes für die parlamentarische Demokratie geführt“ habe.

Vereidigung des Bundeskanzlers Konrad Adenauer, 1949.



# Rentenreform 1957

## Wegmarken



Ernst Schellenberg (SPD) am Rednerpult, 1957.

In den Nachkriegsjahren kommt es vor allem darauf an, Not, Zerstörung und Folgen der Vertreibung schnell anzugehen. In einem „Höllentempo“, so eine zeitgenössische Beschreibung, erledigt der Bundestag ein ungeheures **Arbeitspensum** ④. Es geht zugleich darum, die Vorgaben des Grundgesetzes mit Leben zu füllen. Ein zentraler Punkt: Deutschland ist ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (Artikel 20). Eines der wichtigsten Anliegen ist daher zunächst die Hilfe für die vom Krieg besonders betroffenen Menschen – Kriegsoffer, Ausgebombte, Flüchtlinge, Vertriebene, Hinterbliebene. Für sie verabschiedet der Bundestag 1950 das Bundesversorgungsgesetz und 1952 das Lastenausgleichsgesetz.

Wichtige Schritte sind zudem die Gesetze zum Wohnungsbau, mit denen 1950 der soziale Wohnungsbau eingeführt wird, und die 1951 den Weg zum Erwerb von Wohneigentum breiten Schichten eröffnen. Das Parlament ist sich hier völlig einig: Das Wohnungseigentumsgesetz wird einstimmig verabschiedet.

Was Sozialstaat wirklich bedeutet, kommt in der großen Rentenreform

des Jahres 1957 zum Ausdruck. Die Kluft zwischen steigendem Arbeitseinkommen und stagnierenden Renten unterhalb der Armutsgrenze wurde immer größer. Durch die Reform berechnet sich die Rente nicht mehr allein nach den selbst eingezahlten Beiträgen. Die „Dynamisierung“ und die Einführung des **Umlageprinzips** ⑤ führen dazu, dass auch die Rentner am Wirtschaftswachstum teilhaben. Der „Generationenvertrag“ sorgt dafür, dass die arbeitende Generation für die Rentner aufkommt und sich darauf verlassen kann, von der nachfolgenden Generation unterstützt zu werden, wenn sie selbst in Rente geht.

Selbst bei dieser schwierigen Maßnahme wird deutlich, dass die sozialen **Reformen** ⑥ für den Bundestag keine einmaligen Vorgänge, sondern ständige Aufgaben sind. Die SPD zeigt sich bei der abschließenden Debatte zum Gesetz froh über die Rentenverbesserung, verweist zugleich jedoch auf weiter bestehende Ungerechtigkeiten. Und für die FDP ist klar, dass „die Reform einer reformbedürftigen Rentenreform“ eine Hauptaufgabe des Bundestages sein wird.

### ④ Arbeitspensum

In den ersten beiden Wahlperioden beschäftigen sich die Abgeordneten mit 1.682 Gesetzentwürfen. Die Beratungen dauern auch in den Ausschüssen oft bis tief in die Nacht. Sie werden noch nicht durch Mitarbeiter unterstützt und müssen sich oft zu dritt kleine Büros mit zwei Tischen teilen.

### ⑤ Umlageprinzip

Nach dem Umlageprinzip zahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ab 1957 je zur Hälfte in die Rentenkassen ein, die zudem von staatlichen Zuschüssen gespeist werden. Die Höhe der Rente bemisst sich nicht mehr allein nach den eigenen Beiträgen. Die Höhe ist auch abhängig von der aktuellen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter. Das führt sofort zu einer durchschnittlichen Steigerung der Arbeiterrenten um 65 und der Angestelltenrenten um 72 Prozent.

### ⑥ Reform

Der Begriff „Reform“ stammt vom Lateinischen „reformare“ und bedeutet wörtlich Umgestaltung. Allgemein wird darunter die Verbesserung des Bestehenden verstanden. Als Gegenbegriff zur Revolution geht es bei der Reform um die Veränderung politischer und gesellschaftlicher Zustände im bestehenden System. Reformieren gehört zu den ständigen Herausforderungen des Parlaments.



## 1 Wiedergutmachung

Am 18. März 1953 nimmt der Bundestag das so genannte Luxemburger Abkommen über Wiedergutmachungsleistungen an Israel und die Jewish Claims Conference an. Dabei geht es unter anderem um Eingliederungshilfen für jüdische Flüchtlinge in Israel. Im Laufe der Jahrzehnte werden rund 45 Milliarden Euro gezahlt, davon etwa ein Drittel an Israel und an Organisationen, die sich um jüdische Verfolgte in aller Welt kümmern.

## 2 Anhörungen

Um die Auswirkungen von geplanten Gesetzen besser einschätzen zu können, laden die Fachausschüsse im Rahmen ihrer Detailberatungen Experten zu Anhörungen (Hearings) ein, die zumeist öffentlich sind. Überragendes Interesse finden zum Beispiel 1968 die Anhörungen zu den Notstandsgesetzen, die die ARD und das ZDF über mehrere Tage hinweg live übertragen.

## 3 Gemeinsamer Ausschuss

Sollte das Parlament im Verteidigungsfall nicht mehr in der Lage sein, als Ganzes zu tagen, trifft der Gemeinsame Ausschuss („Notparlament“) die wesentlichen Entscheidungen. Er setzt sich seit 1968 zu einem Drittel aus Mitgliedern des Bundesrates (heute 16) und zu zwei Dritteln aus Abgeordneten des Bundestages (heute 32) zusammen, die nicht zugleich der Regierung angehören dürfen und entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen gewählt werden.

Der Rahmen ist gezogen, der Grund gelegt, die Bahn bereit und das Ziel geklärt, wie Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier bei der Verabschiedung Konrad Adenauers aus dem Kanzleramt im Oktober 1963 würdigt. Die folgende Kanzlerschaft von Ludwig Erhard, dem „Vater des Wirtschaftswunders“, scheint nur nach vorn zu weisen. Aber 1965 rückt die Vergangenheit und der Umgang mit ihr erneut in den Fokus des Parlaments. Das Kriegsende ist bald 20 Jahre her; nach geltendem Recht drohen damit alle NS-Verbrechen zu verjähren.

Leidenschaftlich ringt der Bundestag um die richtige Antwort. „Es geht darum, dass wir dem Gebirge an Schuld und Unheil, das hinter uns liegt, nicht den Rücken kehren“, sagt Adolf Arndt (SPD). Ganz genau hört auch das Ausland zu, als das Parlament zunächst den Beginn möglicher Ahndung auf die Gründung der Bundesrepublik festlegt und damit knapp fünf Jahre Zeit gewinnt – und später die Verjährung für NS-Verbrechen vollständig aufhebt.

Die **Wiedergutmachung** 1 gegenüber dem jüdischen Staat in den 50er und 60er Jahren ist ein sichtba-

res Zeichen der moralischen Läuterung des neuen Staats. Handlungen wie diese führen schließlich zur Wiederaufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker. Aufsehen erregt 1965 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit Israel. Der konsequente Weg der Aussöhnung kommt auch im Élysée-Vertrag von 1963 zum Ausdruck. Beide Staaten beenden die von Generationen gepflegte Erbfeindschaft und gestalten ihre Beziehungen auf der Basis von Freundschaft und Kooperation. Immer intensiver werden die Konsultationen der Regierungen und die Zusammenarbeit der Parlamente.

Die 60er Jahre stehen zudem im Zeichen staatlicher Festigung. Nach dem Bruch der Koalition aus Union und FDP treten die Sozialdemokraten 1966 in die Regierung ein. Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD trifft nach intensiven Debatten und in der Öffentlichkeit stark beachteten **Anhörungen** 2 Vorsorge für eine wehrhafte parlamentarische Demokratie, die auch im Verteidigungsfall noch funktionieren soll – etwa durch einen **Gemeinsamen Ausschuss** 3 von Bundestag und Bundesrat.

Unterzeichnung des Élysée-Vertrages, 1963.



# Ostpolitik 1969



Willy Brandts Kniefall in Warschau, 1970.

Die CDU/CSU geht zwar aus der Bundestagswahl von 1969 weiterhin als größte Fraktion hervor, doch SPD und FDP verfügen erstmals über eine knappe Mehrheit. In nächtlichen Verhandlungen gelingt dem Vizekanzler der Großen Koalition, Willy Brandt, die Sensation: eine sozialliberale Regierungsmehrheit. Auch für die SPD ist das eine Überraschung. In den Parteigremien hat es vorher keine Gespräche gegeben. Umso größer die Freude: Nach 20 Jahren einer CDU/CSU-Regierung wählt der Bundestag den ersten SPD-Kanzler.

Brandt tritt sein Amt in einer Phase wichtiger Neuorientierungen im Ost-West-Verhältnis an. Die Hallstein-Doktrin, nach der zu allen Staaten außerhalb der Sowjetunion, die die DDR anerkennen, diplomatische Beziehungen abgebrochen werden, ist längst einer Politik vorsichtiger Annäherung zwischen Bonn und Ost-Berlin gewichen. Brandt beschleunigt die Gangart und löst während seiner Verhandlungen mit Polen und der UdSSR eine über viele Monate sich immer wieder zuspitzende Debatte aus: Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze bedeutet den Verzicht auf ehemals deutsche Ostgebiete. Auch innerhalb der Koalition gibt es Zweifel; durch den Übertritt einzel-

ner Abgeordneter zur Opposition wird die Mehrheit immer dünner. Tagelang debattiert der Bundestag „voller menschlicher Hingabe und Leidenschaft“ (Richard von Weizsäcker, CDU) über die **Ratifizierung** 4 der Ostverträge, dann entschließt sich die Mehrzahl der Oppositionsabgeordneten, durch Stimmenthaltung die Ostverträge am 17. Mai 1972 passieren zu lassen. Schon zuvor ist Brandt für seine Ostpolitik der Friedensnobelpreis zuerkannt worden.

Die Wähler bestätigen den Kurs, machen 1972 die SPD zur stärksten Fraktion. Renger wird die erste **Präsidentin** 5 eines deutschen Parlaments. „Ich habe mich im Vorstand meiner Partei und als deren Präsidiumsmitglied selbst für das Amt vorgeschlagen“, erläutert sie. „Ich erinnere mich sehr gern daran, dass es mir gelungen ist, zu zeigen, dass eine Frau das kann. Die Akzeptanz ging durch alle Reihen.“

Das war ein großer Schritt vorwärts auch für die Frauenbewegung.“ Vorläufiger Höhepunkt: Debatte und Reform des Ehe- und Familienrechts 1976 unter dem Gesichtspunkt konsequenter Gleichberechtigung der Geschlechter. Im Bundestag selbst nimmt der **Frauenanteil** 6 aber erst in den 80er Jahren spürbar zu.

## Wegmarken

### 4 Ratifizierung

Außenpolitik ist gewöhnlich Sache der Bundesregierung, aber auch das Parlament spielt eine entscheidende Rolle, immer wenn es um völkerrechtliche Verträge geht. Die werden zwar von der Regierung ausgehandelt und formal vom Bundespräsidenten geschlossen. Damit sie aber wirksam werden können, müssen sie erst von einer Mehrheit im Bundestag ratifiziert (genehmigt) werden. Deshalb führten die Verträge etwa zur Gründung der NATO und auch die Ostverträge zu großen nationalen Debatten im Bundestag.

### 5 Bundestagspräsidenten

Das Recht, den Bundestagspräsidenten zu stellen, steht gewohnheitsgemäß der stärksten Fraktion zu. Protokollarisch ist es das zweithöchste Amt im Staat. Die Bundestagspräsidenten:

Erich Köhler (CDU/1949),  
Hermann Ehlers (CDU/1950),  
Eugen Gerstenmaier (CDU/1954),  
Kai-Uwe von Hassel (CDU/1969),  
Annemarie Renger (SPD/1972),  
Karl Carstens (CDU/1976),  
Richard Stücklen (CSU/1979),  
Rainer Barzel (CDU/1983),  
Philipp Jenninger (CDU/1984),  
Rita Süssmuth (CDU/1988),  
Wolfgang Thierse (SPD/1998).

### 6 Parlamentarierinnen

Im ersten Bundestag 1949 sind von 410 Abgeordneten nur 28 Frauen (6,8 Prozent). Dieser Anteil bleibt in den ersten zehn Wahlperioden im Wesentlichen gleich. 1987 steigt der Anteil der Parlamentarierinnen auf 15,5 Prozent, 1990 auf 20,5, dann auf 26,2 und 30,9 Prozent, bis er zu Beginn des 15. Bundestag im Jahr 2002 bei 32,8 Prozent angekommen ist. Daneben nehmen weibliche Abgeordnete immer mehr Führungspositionen ein.

## 1 Aktuelle Stunde

Die 1965 eingeführte Aktuelle Stunde ist eine besondere Debattenform, die es dem Bundestag ermöglicht, wichtige Themen außerhalb der feststehenden Tagesordnung schnell aufzugreifen. Aktuelle Stunden können durch Beschlüsse des Ältestenrats oder auf Verlangen einer Fraktion zustande kommen. Für eine lebendige Auseinandersetzung sorgen die höchstens fünf Minuten langen Kurzbeiträge.

## 2 Enquete-Kommission

In den ersten Wahlperioden übernahmen Enquete-Kommissionen (Enquete von „inquire“ = nachforschen) die Aufgabe von speziellen Untersuchungsgremien. Ab 1970 versteht der Bundestag darunter Kommissionen, die in der Regel aus Abgeordneten und Wissenschaftlern zusammengesetzt sind und über viele Monate hinweg wichtigen Fragen nachgehen. Sie fertigen Zwischen- und Endberichte und bereiten damit Beschlüsse des Bundestages vor. In den 70er und 80er Jahren etwa zur Gleichberechtigung, zur Zukunft der Kernenergie, zu den Gefahren von HIV/AIDS, zu Risiken der Gentechnologie oder zum Schutz der Erdatmosphäre.

## 3 Parlamentarische Kontrolle

Das seit 1956 eher informell gebildete Vertrauensmännergremium wird 1978 durch eine Parlamentarische Kontrollkommission für die Nachrichtendienste mit gesetzlich geregelten, weitreichenden Befugnissen abgelöst. Danach muss die Regierung den gewählten Mitgliedern des Gremiums über die Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes umfassend Auskunft geben. Seit 1999 nimmt das Parlamentarische Kontrollgremium die Aufgabe wahr.

Wie ein Schock drückt sich im Herbst 1973 die Ölkrise in das Bewusstsein. Im Krieg mit Israel haben die arabischen Staaten die Erdöllieferungen an die westlichen Staaten gedrosselt, um deren proisraelische Haltung zu erschüttern. Binnen kürzester Zeit vervierfacht sich der Rohölpreis. Die Bürger unternehmen Hamsterkäufe. Innerhalb weniger Tage berät und beschließt der Bundestag ein Energiesicherungsgesetz, auf dessen Grundlage die Regierung an vier Sonntagen das Autofahren untersagt und die Höchstgeschwindigkeit generell auf 100 Stundenkilometer begrenzt. Immer wieder drehen sich **Aktuelle Stunden** 1 des Parlaments in diesen Jahren um die Krisensituation.

Auch das bundesdeutsche Wirtschaftswachstum stagnierte schlagartig. Die Preise, vor allem die von Benzin, und die Arbeitslosenrate steigen. Es wurde klar, in welchem Maße der Westen vom Öl abhängig war, und es schien geboten, nach alternativen Formen der Energiegewinnung zu suchen. Die Bundesregierung erlässt ein Energieprogramm, nach dem der Erdölverbrauch zugunsten einheimischer Energieträger wie Kohle gedrosselt, die Nutzung der Kernenergie ausgebaut und durch rationellere

Nutzung Energie eingespart werden sollte. Der als Folge der Ölkrise forcierte Ausbau der Kernenergie führt zu intensiven Auseinandersetzungen um die Sicherheit der Technik. Immer größere Bedeutung bekommen die **Enquete-Kommissionen** 2, mit deren Hilfe der Bundestag tief in die jeweilige Materie eindringt.

Der Staat wird in diesen Jahren auch durch terroristische Gewalt herausgefordert. „Als ich 1972 in den Bundestag kam, gab es keine Bewachung, keine Sicherheitskräfte“, hebt beispielsweise Manfred Carstens (CDU/CSU) hervor. „Wer seinen Abgeordneten besuchen wollte, ging durch die Eingangstür und kam ins Büro.“ Die Sicherheitsvorkehrungen wurden im Laufe der Zeit erhöht.

Der Bundestag ringt um die Gratwanderung zwischen individueller Freiheit und Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft – bei ausgebauter **parlamentarischer Kontrolle** 3. Bundeskanzler Helmut Schmidt, seit Mai 1974 Nachfolger des in der Guillaume-Spionage-Affäre zurückgetretenen Kanzlers Willy Brandt, zeigt mit den Spitzen der Bundestagsfraktionen, dass die Demokraten über allen Parteienstreit in den Grundsatzfragen zusammenstehen.

Autofreier Sonntag in Deutschland, 1973.



# Machtwechsel 1982

Im 13. Regierungsjahr der sozialdemokratischen Koalition scheinen 1982 die Gemeinsamkeiten von SPD und FDP zu schwinden. Bundeskanzler Helmut Schmidt stellt im Februar die **Vertrauensfrage** 4 mit dem offensichtlichen Ziel, die „Nebelgespinste aus der Gerüchteküche der letzten Tage und Wochen in nichts auflösen“ zu können, wie sich der damalige FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick ausdrückt. Aber Schmidt erreicht nur mehr Zeit, kein nachhaltig belastbares Bündnis. Im Sommer werden die Meinungsverschiedenheiten über die Wirtschaftspolitik und die Staatsfinanzen unüberwindbar. Am 17. September kündigt er die Koalition auf und führt eine Minderheitsregierung.

Derweil sprechen CDU/CSU und FDP über eine gemeinsame Regierung. Als sie sich einig sind, hat der Bundestag am 1. Oktober zum zweiten Mal in der Geschichte über ein **Konstruktives Misstrauensvotum** 5 abzustimmen. Der damalige Parlamentarische Geschäftsführer Wolfgang Böttsch (CSU) erinnert sich an eine „gewisse Nervosität“. Niemand weiß, wie viele FDP-Abgeordnete in der geheimen Abstimmung tatsächlich den Machtwechsel mitmachen. Außerdem hängt, sagt Böttsch, „das Damoklesschwert von 1972 über der 1982er Veranstaltung“. Zehn Jahre zuvor war sich die CDU/CSU ebenfalls sicher

gewesen, den SPD-Kanzler stürzen zu können – und scheiterte. Später stellt sich heraus, dass Bestechungsgelder im Spiel waren.

Aber 1982 reicht die Mehrheit: Helmut Kohl ist Kanzler. „Zunächst einmal Befreiung“, beschreibt Böttsch das Gefühl derjenigen, die binnen Sekunden von Oppositions- zu Regierungsabgeordneten werden. Manche sind auch nachdenklich, wie Böttsch: „Au, au, jetzt kommen schwierige Zeiten auf uns zu, weil wir jetzt alle Probleme selbst lösen müssen.“

Niemand ahnt in dieser Stunde, dass Helmut Kohl und die Koalition der Mitte 16 Jahre regieren werden. Sie wollen zunächst einmal die Weichen auf den wichtigsten Politikfeldern neu stellen und dann möglichst schnell zu Neuwahlen kommen, um das Mandat für eine volle Wahlperiode zu erhalten. Dazu bedarf es der vorzeitigen **Auflösung** des Bundestages 6, der Bundespräsident Karl Carstens nach einer von Kohl vorsätzlich verlorenen Vertrauensfrage mit Bedenken nachkommt. Die Koalition argumentiert, das von ihr vereinbarte Dringlichkeitsprogramm sei erfüllt, für eine Weiterarbeit gebe es daher keine ausreichende parlamentarische Grundlage mehr. Die neue Koalition wird vom Wähler Anfang März bestätigt, Kohl daraufhin erstmals vom Bundestag als Kanzler wiedergewählt.

Helmut Kohl wird Bundeskanzler, 1982.



## 4 Vertrauensfrage

Nach Artikel 68 kann der Bundeskanzler jederzeit beantragen, dass ihm der Bundestag das Vertrauen ausspricht. Der Regierungschef hat damit praktisch eine Art Disziplinierungsmittel in der Hand, insbesondere für Situationen, in denen die „eigenen“ Abgeordneten nicht mehr hinter seiner Politik stehen. Damit kann ihnen der Ernst der Lage vor Augen geführt werden. Denn sollte die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages (die so genannte „Kanzlermehrheit“) kein Vertrauen mehr haben, kann der Bundespräsident das Parlament auflösen und es folgen Neuwahlen.

## 5 Konstruktives Misstrauensvotum

Dieses Instrument entstand als Schlussfolgerung aus dem Scheitern der Weimarer Republik. Dort konnten sich verschiedene Minderheiten destruktiv zusammenfinden und den Kanzler stürzen, ohne selbst regierungsfähig zu sein. Artikel 67 des Grundgesetzes schreibt dagegen vor, dass das Misstrauen gegen einen Kanzler nur dadurch ausgesprochen werden kann, dass der Bundestag zugleich einen Nachfolger wählt. 1972 unterliegt Rainer Barzel (gegen Willy Brandt), 1982 gewinnt Helmut Kohl (gegen Helmut Schmidt).

## 6 Auflösung

Der Bundestag soll nicht jedes Mal dann neu gewählt werden können, wenn es der Mehrheit gerade günstig erscheint. Die Möglichkeit zur Auflösung des Parlaments hat der Bundespräsident für verfahrenere Situationen zur Hand, in denen der Kanzler nach verllorener Vertrauensfrage Neuwahlen will und keine Kanzlermehrheit in Sicht ist. Das ist 1982 nur schwer darstellbar. Deshalb fragt Präsident Carstens alle Parteien, ob sie Neuwahlen wollen und stellt dann klar, „dass ich den Bundestag nicht auflösen würde, wenn nach meiner Überzeugung eine Mehrheit im Bundestag sich auf diesem Wege Vorteile bei der Wahl unter Verletzung der Interessen der Minderheit verschaffen würde“.

## 1 Fünf-Prozent-Hürde

Damit sich die Interessen nicht zu sehr zersplittert im Parlament wiederfinden, gilt für den Bundestag die Fünf-Prozent-Hürde. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 ist sie noch auf jedes Bundesland einzeln bezogen; dadurch ziehen acht Fraktionen ins Parlament ein. Danach gilt die Fünf-Prozent-Klausel bundesweit. Aber auch durch Aufgehen in den großen Parteien verschwinden die kleinen Parteien mehr und mehr, so dass ab 1961 nur noch drei Fraktionen im Bundestag sitzen. Erst 1983 kommt mit den Grünen eine vierte Partei in den Bundestag und nach der Wiedervereinigung 1990 mit der PDS eine fünfte vorübergehend hinzu.

## 2 Anfragen

Jede Fraktion kann von der Regierung Stellungnahmen zu bestimmten Sachverhalten verlangen. Kleine Anfragen werden nur schriftlich beantwortet, Große Anfragen auf Verlangen auch im Plenum debattiert. Allerdings warnt Bundestagspräsident Rainer Barzel 1987 davor, in all der Detailarbeit das große Ganze aus dem Auge zu verlieren. Er verweist darauf, dass von der neunten bis Ende der zehnten Wahlperiode die Zahl der Anfragen von 239 auf 1.161 gestiegen ist, die Zahl der Gesetzentwürfe von 242 auf 513, die Zahl der Drucksachen von 2.443 auf 6.727.

## 3 Parlamentsreformen

Zu den Reformen von 1986 gehört etwa, dass die Bundesregierung ihre Beschlüsse nicht zuerst der Presse, sondern direkt dem Bundestag erläutert und nach Kabinettsitzungen für eine Regierungsbefragung zur Verfügung steht. Lebendiger werden die Debatten zudem durch die Möglichkeit zur „Kurzintervention“. 1995 kommt unter anderem die „Kernzeit“-Debatte im Plenum jeweils donnerstags hinzu, während der grundsätzlich keine Sitzungen anderer Gremien stattfinden dürfen.

Die Wahlen 1983 stehen unter dem Eindruck wachsender Proteste gegen das Wettrüsten zwischen Ost und West. Nicht zuletzt mit dieser Grundströmung im Rücken schafft die drei Jahre zuvor gegründete Partei Die Grünen den Sprung über die **Fünf-Prozent-Hürde** 1. Der Einzug in den Bundestag gerät zu einem inszenierten Schauspiel.

Christa Nickels, Grünen-Bundestagsabgeordnete dieser ersten Stunde, erinnert sich an die Absicht, als „parlamentarisches Spielbein der Sozial-, Umwelt- und Friedensbewegungen“ zu arbeiten. „Wir haben alle eingeladen, uns auf diesem Weg zu begleiten, und mit kleinen Symbolen wollten wir alles sichtbar mit ins Parlament hineinbringen, was bis dahin außen vor gelassen worden war.“ So kamen Sonnenblumen, Zweige einer geschädigten Tanne und Alpaka-Pullover in den Plenarsaal. Es sollte nicht bei Symbolik bleiben. „Wir haben unsere Rechte etwa zu Kleinen und Großen **Anfragen** 2 intensiv genutzt und alles auf die Tagesordnung des Parlaments gebracht, was bislang dort nicht vorkam“, betont Nickels. Derweil unterstreicht der Bundestag auch in den 80er Jahren, dass für ihn die Verbesserung der eigenen Arbeit, die **Parlamentsreform** 3, ein ständiger Prozess ist.

Nachdem Helmut Schmidt 1977 darauf aufmerksam gemacht hat, dass die Sowjetunion immer mehr moder-

ne Mittelstreckenraketen in Stellung bringt, fasst die NATO 1979 den Doppelbeschluss. Er besagt, dass in Verhandlungen Moskau zur Abrüstung gebracht werden soll, dass bei erfolglosen Bemühungen das westliche Bündnis auf diesem Sektor nachrüsten will. 1983 kommt es zum Schwur. Wichtige Stationierungsorte liegen auf deutschem Boden. NATO-Nachbarn machen ihr Votum von der Entscheidung in Deutschland abhängig. Hunderttausende gehen auf die Straßen, und im Bundestag argumentieren über 50 Abgeordnete in einer zweitägigen leidenschaftlichen Debatte um die beste Entscheidung.

Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU/CSU) sagt voraus, dass ein Verzicht auf Nachrüstung nur eines erreichen würde: „Er verschafft der sowjetischen Politik der Vorrüstung einen einmaligen Triumph ... Am Ende winkt dann ... die Vorherrschaft über Westeuropa. Das aber wäre das Ende unserer Freiheit und unserer Unabhängigkeit.“ Gert Bastian (Die Grünen) verlangt Nachverhandlung statt Nachrüstung und wirft der Bundesregierung vor, „sich frivol über den zweifelsfrei bekundeten Willen der Bevölkerungsmehrheit“ hinwegzusetzen. Dieser „Irrweg“ werde „nur zur Erhöhung der Gefahr für alle, zu immer mehr Waffen der bedenklichsten Art, zu mehr Unfrieden innen und außen und vor allem zum Zerreißen des westlichen Bündnisses hinführen“.

Christa Nickels (Die Grünen) im Plenarsaal, 1983.



# Wiedervereinigung 1990

## Wegmarken



Grenzöffnung: Menschen vor dem Brandenburger Tor, 1989.

Mit Glasnost und Perestroika ertönt nach dem Machtantritt Michael Gorbatschows ein neuer Klang aus dem Kreml. Die neue Politik dokumentiert sich auch international 1988 in erfolgreichen Verhandlungen über die Verschrottung von Mittel- und Kurzstreckenwaffen. Während die westlichen Staaten in Europa die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union vereinbaren, testen die östlichen ihren zunehmenden Bewegungsspielraum aus.

Ab Mitte 1989 gewinnt diese Entwicklung über Bürgerrechtsbewegungen und immer machtvollere Demonstrationen eine ungeahnte Dynamik, in deren Verlauf das System der DDR und schließlich auch ihre staatliche Existenz zunehmend in Frage gestellt wird. Auch die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 kann diesen Prozess nicht mehr stoppen. Im Plenum des Bundestages in Bonn erheben sich die Bundestagsabgeordneten und singen die Nationalhymne, während sich in Berlin die Menschen aus Ost und West vor Freude in den Armen liegen. Jahrzehntelang in scheinbar unerreichbarer Ferne gerückt, wird die Wiedervereinigung nun von Woche zu Woche greifbarer.

„Wir haben täglich Neues erlebt“, erinnert sich Hermann Otto Solms (FDP) an die bewegenden Monate, in

denen jeder spüren kann, „wie die Welt sich ändert“. Als der Kurs Richtung Einheit feststeht, beginnt „ein Jahr pausenlosen Agierens“. Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, der Einigungsvertrag zum **Beitritt** 4 mit seiner Fülle komplexer Regeln – alles muss intensiv diskutiert, innerhalb der Parteien, Fraktionen und der Koalition abgestimmt werden. „Ungeheuer arbeitsreich“, sagt Solms, ist diese Zeit, aber in der Empfindung derjenigen, die mitgestalten dürfen, gibt es zugleich immer wieder „ganz herausragende Momente“, deren historischer Rang jedem bewusst ist. Dazu gehört die erste gemeinsame Sitzung von Abgeordneten zweier frei gewählter deutscher Parlamente am 17. Juni 1990 in Berlin zum Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes von 1953 in der DDR. Und dazu gehört natürlich die Feier der Wiedervereinigung am 3. Oktober auf und vor den Stufen des Berliner Reichstagsgebäudes und die Konstituierung des ersten gesamtdeutschen Bundestages einen Tag später mit 144 von der **Volkskammer** 5 entsandten Abgeordneten.

Eine Konsequenz der Einheit ist der **Umzug** 6 von Bundestag und Bundesregierung von Bonn nach Berlin. 1991 in Bonn getroffen, wird die Entscheidung nach dem Umbau des alten Reichstagsgebäudes 1999 vollzogen.

### 4 Beitritt

Das Grundgesetz ließ zwei Wege zur Wiedervereinigung zu: über eine neue Verfassung, die sich das deutsche Volk in freier Entscheidung gibt und die nach Artikel 146 das Grundgesetz außer Kraft gesetzt hätte. Oder über den Weg des damaligen Artikels 23 des Grundgesetzes, das die Möglichkeit eröffnete, das Grundgesetz in anderen Teilen Deutschlands nach deren Beitritt in Kraft zu setzen. Dieser Weg des Beitritts ermöglichte es, die Einheit schneller zu verwirklichen. Deshalb wurde er gewählt.

### 5 Volkskammer

Die ersten freien Wahlen in der DDR haben am 18. März 1990 ein klares Ergebnis: Die „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU, DA) kommt auf 47,7 Prozent, die SPD auf 21,8, die in PDS umbenannte frühere SED auf 16,4 und die Liberalen auf 5,2 Prozent. Die Fraktionen bilden eine große Koalition ohne die PDS. Die Abstimmung zwischen Bundestag und Volkskammer wird immer enger. So unternehmen die Parlamentspräsidentinnen Rita Süßmuth und Sabine Bergmann-Pohl im Juni 1990 demonstrativ eine gemeinsame Israel-Reise.

### 6 Umzüge

Umzug ist für den Bundestag 1999 ein wichtiges Thema. Dem klassischen, eher nüchternen Bonner Plenarsaal von 1949 bis 1986 ist der Ersatzplenarsaal im benachbarten alten Wasserwerk mit seiner freundlichen, intimen Atmosphäre gefolgt. Ab 1994 kann der Bundestag dann eine ganze Wahlperiode im hellen, transparenten und vor der Wiedervereinigung beschlossenen, neuen Plenarsaal am Rhein tagen, bevor das umgebaute Reichstagsgebäude wieder zur Heimat des Parlaments der Deutschen wird.

## Namensgebung

# Volkstag oder Bundestag



1815

Bundestag <

Für die Bundesversammlung des „Deutschen Bundes“ bürgert sich ab 1815 die Bezeichnung Bundestag ein. Das ist kein Parlament aus gewählten Abgeordneten, sondern ein Kongress von Gesandten aus den im Deutschen Bund zusammengeschlossenen Staaten. Die Mitglieder dieses Bundestages sind bloße Bevollmächtigte und damit weisungsgebunden. Wichtige Entscheidungen kommen nur bei Einstimmigkeit zustande.

> Nationalversammlung

Die erste deutsche Volksvertretung geht zwar aus Wahlen hervor, doch von einem gleichen Wahlrecht kann noch keine Rede sein, da nur finanziell unabhängige Männer wählen dürfen. Die insgesamt 809 Mitglieder etablieren schnell parlamentarische Arbeitsformen, wie sie auch heute noch praktiziert werden. Als Kern einer neuen, wegweisenden Staatsverfassung formuliert die Nationalversammlung umfassende „Grundrechte des deutschen Volkes“. Der erste Versuch, Deutschland zu einen und ein parlamentarisches Regierungssystem zu errichten, scheitert jedoch 1849 am Widerstand der Könige und Fürsten in den deutschen Einzelstaaten.

1848



1871

Reichstag <

Die 397 Abgeordneten des 1871 mit der Gründung des Deutschen Reiches gebildeten Reichstages gehen zwar aus allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen hervor. Aber nach wie vor dürfen nur die Männer wählen. Ungerechtigkeiten ergeben sich zudem aus der Wahlkreiseinteilung, die wegen der hohen Binnenwanderung zunehmend städtische Wähler benachteiligt. Ursprünglich in seinem Wirken durch Machtstellung von Bundesrat, Reichskanzler und Kaiser stark beeinträchtigt, entwickelt sich der Reichstag immer mehr zum innenpolitischen Machtfaktor.



Versammlung, Kammer oder Tag – jede Zeit gibt ihrem Parlament einen Namen. Es gab Nationalversammlungen, Reichs- und Bundestage und Volkskammern. Volkstag hätte unser Parlament beinahe geheißen. Doch es kam anders.



1919

## Nationalversammlung <

Die demokratischen Parteien erreichen nach Kriegsende am 19. Januar 1919 die bis dahin demokratischsten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung. In ihr haben die Befürworter der Demokratie in der „Weimarer Koalition“ eine große Mehrheit. Sie wählen Friedrich Ebert (SPD) zum Reichspräsidenten und verabschieden eine neue Reichsverfassung, die sowohl die Rechte der Bürger als auch des Reichstages stärkt, aber auch das Regieren durch Notverordnungen zulässt.

## > Deutscher Bundestag

Intensiv diskutiert der Parlamentarische Rat 1948 und 1949 die Frage, wie der neu zu gründende Staat funktionieren soll. Eher am Rande geht es um den Namen des Parlaments. Die Verfassungsexperten der Länder haben in ihrem Herrenchiemseer Entwurf „Bundestag“ vorgeschlagen. Im Parlamentarischen Rat ist zwischenzeitlich auch vom „Volkstag“ die Rede. Letztlich ist „Bundestag“ weithin unstrittig. An das „Reich“ will die überwältigende Mehrheit nicht anknüpfen. Verwechslungsmöglichkeiten mit dem Bundesrat sind dem Gremium bewusst. Aber im föderativen Aufbau stellt der Bundestag auch sprachlich das Pendant zu den Landtagen dar.

1949



1949

## Volkskammer <

Laut DDR-Verfassung ist die Volkskammer das höchste Organ der DDR. Tatsächlich fallen die Entscheidungen jedoch im Zentralkomitee der SED. Auch gibt es weder innerhalb noch außerhalb des Parlaments eine funktionierende Opposition. Es existieren zwar christliche und liberale Parteien – aber nur als „Blockparteien“. Ab 1968 werden alle Parteien und Massenorganisationen in der „Nationalen Front“ gebündelt; wenn Abgeordnete gegen ihre sozialistischen Pflichten verstoßen, kann ihnen das Mandat entzogen werden. Erst nach der Wende kommt es 1990 zu einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Volkskammer.





# Infos zum Thema

## Ausstellung **Wege – Irrwege – Umwege**

### Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland



Die Ausstellung im Deutschen Dom am Berliner Gendarmenmarkt zeichnet die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland sowie die Funktions- und Arbeitsweise des Parlaments nach. Ausgangspunkt sind die Impulse der Französischen Revolution. In Deutschland entsteht jedoch erst mit der Revolution von 1848 ein nationales Parlament, dessen Leistungen und Versäumnisse in nachgestellten Debatten lebendig werden. Auf dem 1871 gegründeten Deutschen Kaiserreich liegt einer der Schwerpunkte der folgenden Ebene. Bismarcks politisches Taktieren, aber auch die Erweiterung der Handlungsspielräume des Parlaments werden bis zum Ersten Weltkrieg illustriert. Der Weltkrieg endet in einer Niederlage, aus der die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland hervorgeht. Die Weimarer Republik ist inner- wie außerhalb des Parlaments von politischen Kämpfen bestimmt, die nicht zuletzt in zeitgenössischen Rundfunksendungen eingefangen sind. Die Auslöschung des parlamentarischen Regierungssystems durch die nationalsozialistische Diktatur wird ebenso beleuchtet wie der Scheinparlamentarismus der DDR. Im Zentrum der Ausstellung aber steht die Geschichte des Bundestages.

Deutscher Dom am Gendarmenmarkt in Berlin-Mitte.

Der Eintritt ist frei.

Informationen unter

Tel.: (0 30) 22 73 04 31

[www.deutscherdom.de](http://www.deutscherdom.de)

## Broschüren

Einen historischen Überblick bietet zudem das Stichwort „Geschichte des Bundestages“. Die Broschüre steht als Download (PDF) auf der Internetseite des Bundestages. Sie kann dort oder telefonisch über die Broschürenstelle bestellt werden.

Tel.: (0 30) 22 73 20 72

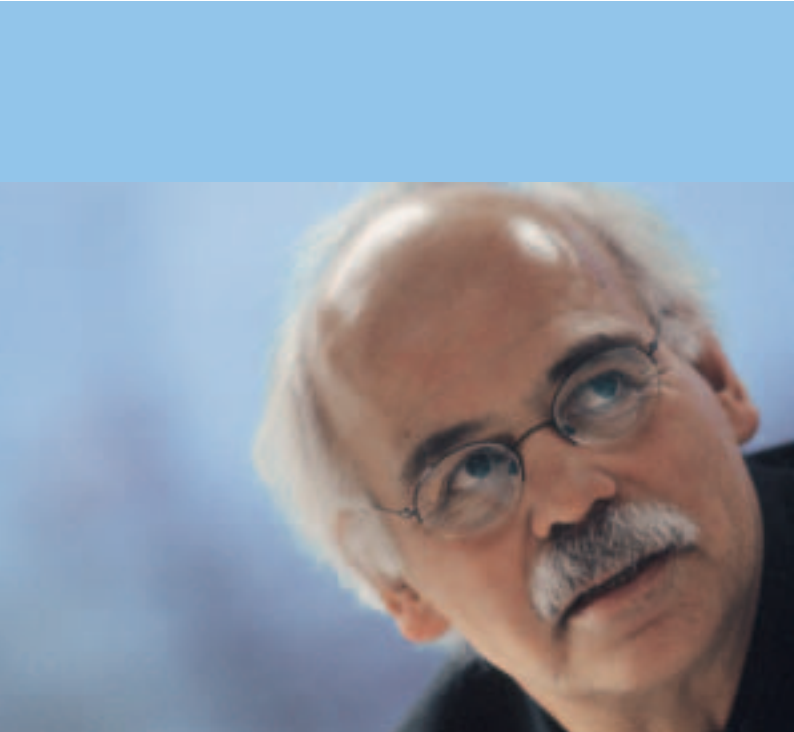
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) (Service)





Alfred Falkenberg arbeitet im Justitiariat des Bundestages. Die Angelegenheiten, mit denen er sich beschäftigt, reichen von normal bis skurril.

# Von Ausschreibung bis Verhüllung



**„Alles in allem ist die Arbeit des Referats spannend, abwechslungsreich und trotz aller fachlichen Routine immer wieder eine Herausforderung.“**

In Alfred Falkenbergs Büro hängt die britische Popgruppe „The Cure“ an der Wand. Nicht unbedingt das, was man bei einem Oberamtsrat vermutet. Auch Andy Warhol links daneben passt nicht ganz zu den eigenen Vermutungen, eher schon der riesige Ficus Benjaminus links vor dem Schreibtisch, der dabei ist, sämtliche Blätter abzuwerfen, und somit mehr mit einer Amtsstube in Verbindung zu bringen ist. Warum er das mit den Blättern tut, ist Alfred Falkenberg schleierhaft. Er hat ihn immer gut behandelt.

Die Sache mit der Amtsstube und den dementsprechenden Vermutungen muss man schnell zu den Akten legen. Es ist sowieso alles ziemlich anders.

Im Justitiariat des Bundestages arbeiten 13 Männer und Frauen. Eine Glückszahl, die sich aus Juristen, Sachbearbeitern und Bürosachbearbeitern zusammensetzt. Die etwas archaischen Bezeichnungen „Amtsrat“ oder „Oberamtsrat“ haben nur wenig mit den doch modernen Arbeitsinhalten zu tun. Sie sind einfach tradiert und sagen dem Eingeweihten, welche berufliche Laufbahn der- oder diejenige bereits hinter sich hat und an welcher Stelle im System er oder sie arbeitet.

Alfred Falkenberg ist Sachbearbeiter und gehört somit zum gehobenen Dienst. Der 57-Jährige arbeitet seit 1991 im Bundestag. Seitdem hat er sich in seiner Arbeit mit ganz alltäglichen und manchmal ganz absonderlichen Dingen befasst. Beim heiteren Beruferaten – „Sagen Sie Stichworte,

die mit Ihrer Arbeit zu tun haben!“ – könnte Alfred Falkenberg eine Wortreihe wie „Lakritz, Verträge, Verhüllung, Ausschreibung, Milch, Beleidigung, Prozesse, Sozialrecht, Unfall, Rechtspflege, Umzug“ aufmachen. Da müsste Norbert Blüm vielleicht länger darüber nachdenken.

Aber der Reihe nach: Die Arbeit des Justitiariats ist in verschiedene Bereiche unterteilt. Der erste umfasst Prozesse, die der Bundestag führt. Dabei handelt es sich insbesondere um die Bereiche Zivilrecht oder Verwaltungsrecht. Wenn es Kläger und Beklagte gibt, von denen einer der Bundestag ist, wird das Justitiariat tätig. Deshalb sind Alfred Falkenberg und seine Kollegen, wenn es notwendig ist, bei Gericht und nehmen mit entsprechender Vollmacht die Aufgabe eines Anwalts wahr. Gerichte sind Alfred Falkenberg vertraut, er hat in Bonn 17 Jahre beim Amtsgericht gearbeitet, nachdem er eine dreijährige Ausbildung zum Rechtspfleger absolviert hatte. Damals trug der gebürtige Rheinländer die respektheischende Bezeichnung „Inspektor“.

Prozesse gibt es in einer solch großen Verwaltung wie dem Bundestag nicht wenige. Wenn er Kläger ist, versucht er beispielsweise gegen Medienvertreter vorzugehen, die in Sanitäräumen des Bundestages auf Jagd nach Urinproben gehen, in denen sie Rückstände von Drogen vermuten, die Abgeordnete konsumiert haben sollen. So was schlägt erst hohe Wellen und landet dann vor Gericht und

gehört eher zu den spektakulären Angelegenheiten. Alltäglich ist, wenn ein vertraglich gebundener Dienstleister schlechte Arbeit geliefert hat und verklagt werden muss.

Aber der Bundestag kann auch Beklagter sein, als Arbeitgeber oder im Bereich des Zivilrechts beispielsweise. Einmal hat jemand geklagt, weil er Bundespräsident werden wollte und nicht richtig fand, dass es ein anderer wurde. Aber das ist die berühmte Ausnahme. Häufig klagen Bürger, deren Petition vom Bundestag abgewiesen wurde und die sich dadurch ins Unrecht gesetzt fühlen.

Der zweite große Arbeitsbereich sind die so genannten allgemeinen Rechtsangelegenheiten. Das klingt zuerst einmal nicht so spannend. Aber es kann passieren, dass sich jemand wie Alfred Falkenberg in diesem Bereich mit der Anfrage befassen muss, ob Jennifer Lopez auf die Fassade des Reichstagsgebäudes gebeamt werden darf, oder ob es legitim wäre, wenn ein prominenter TV-Moderator im Bundestag Werbung für Lakritz macht.

Natürlich ist der eher größere Teil der allgemeinen Rechtspflege die Klärung sachlicher juristischer Fragen und Probleme. Solche wie Internetrechte oder die Beantragung einer Internetadresse für den Bundestag. Häufig, und das ist nicht sonderlich angenehm, müssen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referates mit dem Thema Beleidigung des Bundestagspräsidenten und des Bundestages befassen. Manche E-Mails

oder Briefe, die das Hohe Haus erreichen, erfüllen diesen Tatbestand, und selbst der größte Unmut darf so etwas nicht rechtfertigen.

Dann kommt der dritte Bereich der Vergabe, von dem Alfred Falkenberg sagt, dass er ihm sehr gefalle. Der Bundestag schließt viele Verträge ab – mit Firmen und Einzelunternehmern beispielsweise. Bei Aufträgen, die zu vergeben sind, müssen grundsätzlich Ausschreibungen stattfinden. Für all die dafür notwendigen Vertragswerke und die Beachtung aller rechtlichen Vorschriften ist unter anderem das Justitiariat zuständig. Jede Vertragsklausel muss stimmen, schließlich geht es meist auch um viel Geld.

Wenn Alfred Falkenberg also eine Ausschreibung für die Beschaffung einer großen Anzahl von Computern schreibt und später den Vertrag aufsetzt, übernimmt er damit auch eine große Verantwortung. Dabei sei ihm aber schon allein deshalb immer wohl, sagt er, weil bei größeren und wichtigen Sachen immer Teamarbeit im Referat und über die Referatsgrenzen hinaus angesagt sei und ein sehr produktives und angenehmes Arbeitsklima herrsche. Den Eindruck hat man bereits beim Betreten des Referates, das seinen Sitz in der Straße Unter den Linden 60-62 hat. Viele Bürotüren stehen offen, und wer vorbeikommt, wird freundlich lächelnd wahrgenommen. Fragen werden häufig geklärt, indem man einfach beim Kollegen nebenan vorbeischaud und die Angelegenheit mit ihm bespricht. Gute Kommunika-

tion ist überhaupt das A und O, denn das Referat arbeitet mit vielen anderen Referaten des Bundestages eng zusammen, indem es ihnen gute Dienste leistet oder deren Dienste in Anspruch nimmt.

Viertes Standbein des Referats, sagt Alfred Falkenberg, ist der Bereich Regress- und Schadensersatzansprüche – etwa wenn ein Besucher beim Besuch der Reichstagskuppel stürzt und den Hausherrn dafür verantwortlich macht. Der fünfte große Bereich umfasst sämtliche Verträge mit Kaminen oder Restaurants, die in den Häusern des Bundestages angesiedelt sind.

Alles in allem, sagt Alfred Falkenberg, sei die Arbeit des Referats spannend, abwechslungsreich und trotz aller fachlichen Routine immer wieder eine Herausforderung. „Als ich beim Bundestag anfang, wurden gerade die Verhandlungen mit Christo zur Verhüllung des Reichstagsgebäudes geführt und in Verträge gegossen. Das ist ein riesiges Projekt, ein interessantes dazu, und wenn man dann gesehen hat, was am Ende daraus entstanden ist, auch eines, auf das man richtig stolz sein kann.“ In einem kleinen, aber voll gestellten Raum befindet sich das Hinterland des Referats, die Handbibliothek mit all der notwendigen Rechtsliteratur, den Verordnungen, Bestimmungen und Archivmaterialien. Allein der Kommentar zur Verdingungsordnung, die die Auftragsvergabe regelt, umfasst mehrere dicke Bände, und man ahnt, dass hier nur fündig werden kann, wer sowieso viel weiß.

Alfred Falkenberg hat viele Jahre Berufserfahrung hinter sich, wenn auch ganz unterschiedlicher Natur. Mit vierzehn Jahren fing er an zu arbeiten. Bei der Post und als Briefträger. Da rutscht einem wider Willen sofort die Frage heraus, ob er dabei jemals von einem Hund gebissen worden sei. Nein, sagt Alfred Falkenberg und lacht, aber er habe trotzdem großen Respekt vor Hunden.

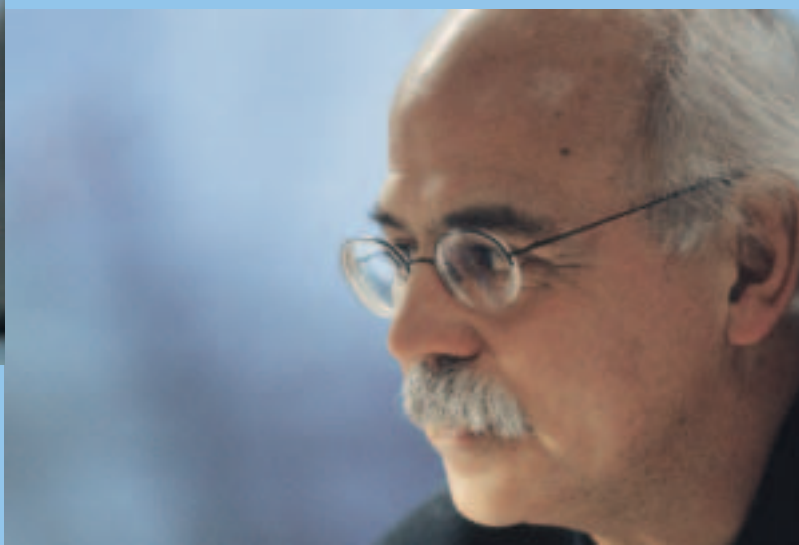
Gleich neben der Handbibliothek befindet sich der Besprechungsraum des Referats, hier trifft man sich mindestens einmal in der Woche zur gemeinsamen Arbeitsberatung. Vieles kann langfristig geplant werden oder ist ein langwieriger Vorgang. Oft aber müssen „Feuerwehreinätze“ gefahren werden, morgens kommt die Anfrage und nachmittags muss die Antwort oder Empfehlung da sein. „Das grüne Kreuz“, erklärt Alfred Falkenberg lächelnd, „sagt uns, diese Anfrage oder Anforderung kommt aus dem Büro des Bundestagspräsidenten und muss schnell bearbeitet werden.“

Kein Problem das alles, auch wenn „The Cure“ ein wenig düster in das Arbeitszimmer blicken. Auf die Musik ist Alfred Falkenberg übrigens durch seine Tochter gekommen. Ein guter Zufall, denn das Plakat korrespondiert ein wenig mit dem Blätter werfenden Ficus Benjamins. Sieht fast gewollt aus.

Text: Kathrin Gerlof  
Fotos: studio kohlmeier



**„Als ich beim Bundestag anfang, wurden gerade die Verhandlungen mit Christo zur Verhüllung des Reichstagsgebäudes geführt und in Verträge gegossen.“**





Pressekonferenz mit den Kommissionsvorsitzenden Franz Müntefering und Edmund Stoiber.

Forum: Föderalismusreform

# Hoffnung auf einen neuen **Anlauf**

Die Föderalismuskommission von Bundestag und Bundesrat hat im Dezember 2004 ihre Arbeit ohne greifbares Ergebnis beendet. Die geplante große Reform des deutschen Staatswesens ist damit erst einmal gescheitert. Blickpunkt Bundestag hat die Bundestagsfraktionen gefragt, wie es weitergehen kann.



Wenn in Deutschland große Reformen auf den Weg gebracht werden, dann geht dem meist ein langwieriges und zähes Tauziehen der Parteien voraus. Ob Hartz-IV, die Gesundheitsreform, Subventionskürzungen oder Veränderungen im Bildungswesen – für fast alles ist der Konsens der großen Parteien in Deutschland notwendig. Der Grund: Den meisten Gesetzesänderungen müssen Bundestag und Bundesrat zustimmen. Die Länder und der Bund haben unterschiedliche Interessen. Und wenn die Mehrheiten in den beiden Häusern unterschiedlich verteilt sind, dann kann die Bundesregierung und die sie tragende Mehrheit im Bundestag allein nicht viel ausrichten.

Dieser Zwang zum Konsens rührt daher, dass Deutschland, anders als die meisten föderalen Staaten, die Kompetenzen von Bund und Ländern nicht klar abgrenzt. Das fängt bei den Finanzen an: Obwohl die Länder eigene Ausgaben haben, können sie bis auf weni-

ge Ausnahmen weder eigenständig Steuern erheben noch Steuersätze festlegen. Die Höhe ihrer Einnahmen hängt damit wesentlich von den Entscheidungen des Bundes ab. Auch bei der Finanzierung größerer Investitionen haben die Länder wenig Autonomie. Viele große Ausgaben sind stattdessen so genannte Gemeinschaftsaufgaben, die von Bund und Land gemeinsam finanziert werden.

Das Gleiche gilt für die Gesetzgebung. Hier kann der Bund in den meisten Bereichen, die eigentlich in die Kompetenz der Länder fallen, über Rahmengesetze gemeinsame Standards festlegen. Im großen Bereich der so genannten konkurrierenden Gesetzgebung soll der Bund nur Gesetze erlassen, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse dies erforderlich macht. In der Anfangszeit der Bundesrepublik hat-

ten die Landesgesetzgeber insoweit noch einen relativ großen Spielraum. Mittlerweile hat der Bund von diesen Kompetenzregelungen in weitem Umfang Gebrauch gemacht, so dass die Länder kaum noch Spielraum zur Gestaltung haben.

### **Besondere Form von Föderalismus**

So hat sich in Deutschland mit der Zeit eine besondere Form von Föderalismus herausgebildet. Statt nach Kompetenzbereichen grenzen sich Bund und Länder nach unterschiedlichen Funktionen ab: Der Bund nimmt den größten Teil der Gesetzgebung wahr, während die Länder für den Vollzug zuständig sind. Im Gegenzug wirken die Länder an der Gesetzgebung des Bundes mit und der Bund finanziert einen Teil der Investitionen, die eigentlich die Länder tragen müssten.

Diese Besonderheit des deutschen Föderalismus hat der Bundesrepublik



## Reform bleibt nötig

Volker Kröning, SPD

Deutschland muss in Europa gut aufgestellt sein. Wir wollen, dass für die Menschen vernünftige Politik gestaltet werden kann. Dazu müssen die Verantwortlichkeiten von Bundestag und Bundesrat ebenso wie von Bund und Ländern so neu geordnet werden, dass die Politik für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar bleibt und das gesamte Potenzial unseres Gemeinwesens aktiviert wird.

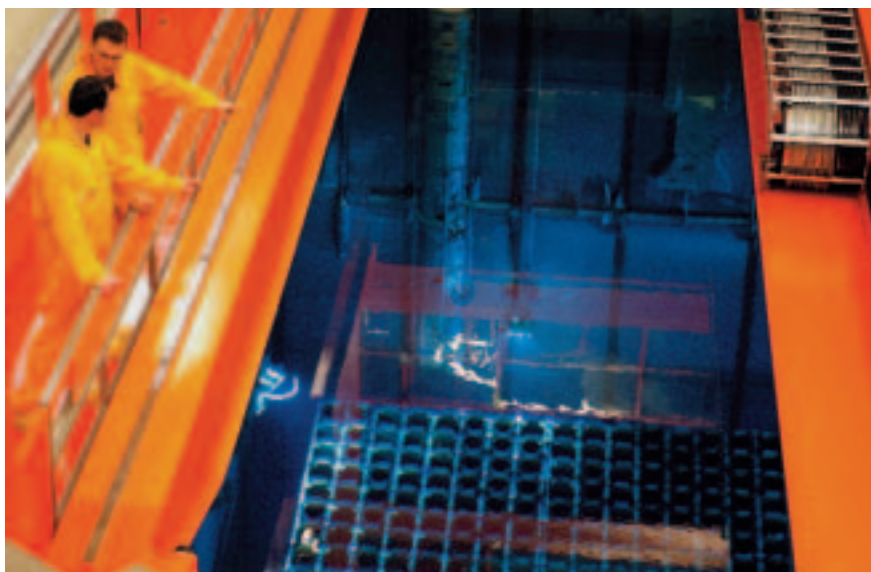
Die Bundesstaatsreform bleibt nötig und möglich. Bis auf die Bildungspolitik ist Konsens über eine wirkliche Reform erreicht; das Gesetzgebungsverfahren in Bundestag und Bundesrat könnte bald beginnen. Wir könnten erreichen, dass es wesentlich weniger zustimmungspflichtige Gesetze gibt als heute und die Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern teils getrennt, teils klarer als bisher zugeordnet werden. Nicht zuletzt die Finanzbeziehungen könnten neue Impulse erhalten.

Die Länder wollten weder den Streitpunkt Bildungspolitik ausklammern noch einen qualifizierten Rat einholen, bis die Verfassungsänderungen eingeleitet werden. Eine Reform setzt daher eine Verständigung über die Bildungspolitik voraus. In der Tat: Chancengleichheit und Innovation hängen entscheidend von den Bildungsstrukturen ab. Der Bund kann sich in einer Mitverantwortung für das Gemeinwesen nicht auf die außeruniversitäre Forschung konzentrieren. Lehre und Forschung müssen ebenso zukunftsweisend zwischen den Ländern und dem Bund koordiniert werden wie etwa auch schulische und außerschulische Berufsbildung.

Gelingt die Föderalismusreform nicht, wird auch der Parlamentarismus in Ländern und Bund der Verlierer sein. Die Selbstblockade unseres Gemeinwesens muss durch die gewählten Vertreter des Volkes überwunden werden!



volker.kroening@bundestag.de  
www.bundestag.de/mdbhome/kroenvo0



Verhandlungssache Kernenergie.

bislang eine stabile Demokratie beschert. Veränderungen, wenn sie denn nötig waren, mussten immer von einer breiten Mehrheit getragen werden. Der Nachteil dieser Stabilität: Viele notwendige Veränderungen

haben sich aufgestaut, weil es für grundlegende Reformen nicht ausreichend breite Mehrheiten gab. Hinzu kommt, dass durch die große Zahl gemeinsamer Zuständigkeiten die Verantwortung für politische Entscheidungen

immer mehr verwischten. Wenn Reformen scheiterten oder schlechte Ergebnisse brachten, dann war es für den Bürger nicht mehr klar, wer dafür verantwortlich war.

### Aufgaben der Kommission

Im Oktober 2003 haben deshalb der Bundestag und der Bundesrat die „Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“ eingesetzt, um die Funktionen im Staat effizienter zu gestalten. Die Kommission bestand aus jeweils 16 Vertretern des Bundestages und des Bundesrates. Geleitet wurde das Gremium vom SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Franz Müntefering, und dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU). Beratend waren darüber hinaus die Bundesregierung, Vertreter der Landtage, der kommunalen Spitzenverbände sowie Fachleute beteiligt.

Im Wesentlichen hatte die Kommission drei Aufgaben: Sie sollte prü-



## Einigung möglich

Wolfgang Bosbach, CDU/CSU

Außer Spesen nichts gewesen? Viel Lärm um nichts? Nicht ganz! Immerhin wissen wir jetzt alles über den deutschen Föderalismus. Wir haben die Kompetenzwünsche der Länder ebenso intensiv diskutiert wie diejenigen des Bundes, Interessenunterschiede herausgearbeitet und abgewogen und nicht zuletzt ganz vernünftige Lösungsvorschläge entwickelt. Und dennoch ist die Bundesstaatskommission (zumindest einstweilen) gescheitert.

Das Erarbeitete wird jedoch nicht verbrannt, sondern dokumentiert. Künftige Reformbemühungen werden hiervon profitieren und können auf der Basis der Ergebnisse weiterarbeiten.

Wie kann es weitergehen? Jedenfalls nicht so, dass sich jede Seite die ihr passenden Kompromisspunkte herausucht und die anderen geflissentlich übersieht oder ablehnt. Nach wie vor ist eine Einigung möglich. Schon deshalb, weil Richtiges nicht durch Zeitablauf falsch wird und – nach wie vor – alle Beteiligten ein Interesse daran haben (müssten), den real existierenden Föderalismus zu reformieren.

Niemand kann Bundestag und Bundesrat daran hindern, einen neuen Anlauf zu unternehmen, um die vielfältigen Politikverflechtungen zu entflechten, die politischen Aufgaben und Kompetenzen den verschiedenen staatlichen Ebenen eindeutig zuzuordnen, um somit die Politik transparenter zu machen, unsere Demokratie zu stärken. Niemand hindert den Bund daran, die Zahl zustimmungspflichtiger Gesetze zu reduzieren, indem das Verwaltungsverfahren Sache der Länder bleibt, und Gesetze, die verzichtbar sind, aufzuheben. Und wenn die Länder glauben, dass der Bund ihre Rechte und Kompetenzen in unzulässiger Weise schmälere, so können sie dies in Karlsruhe korrigieren lassen.

Des ungeachtet bleibt die notwendige Reform unseres Staatswesens auf der politischen Tagesordnung an prominenter Stelle. Packen wir's erneut an!



wolfgang.bosbach@bundestag.de  
www.wobo.de



fen, ob die Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern anders verteilt werden müssen, wie sich die Beteiligung der Bundesländer an der Gesetzgebung auf Bundesebene ändern muss und ob die gemeinsame Finanzierung von Großprojekten besser gestaltet werden kann.

Für die meisten Bereiche verständigte sich eine breite Mehrheit in der Kommission auf Reformen. In einigen besonders strittigen Punkten konnten sich die Mitglieder allerdings nicht einigen. Da ein „Gesamtpaket“ geschnürt werden musste und von Seiten der Länder keine Teillösungen akzeptiert wurden, blieb die gesamte Arbeit der Kommission formal ohne Ergebnis.

Die wichtigste und umfassendste Neuerung war eine Beschränkung der Mitbestimmung des Bundesrates in der Gesetzgebung auf Bundesebene. Nach den Vorschlägen der Kommission hätte der Bundestag die Möglichkeit haben sollen, 65 bis 70 Prozent



Verhandlungssache Ladenschluss.

der Gesetze ohne Zustimmung des Bundesrates zu beschließen. Derzeit sind es nur rund 40 Prozent. Im Gegenzug sollten die Länder die Möglichkeit bekommen, den Vollzug von Bundesgesetzen in eigenem Ermessen

zu regeln und dafür von Vorgaben des Bundes abzuweichen.

Außerdem wollte die Kommission für einige Bereiche die Gesetzgebungskompetenz voll auf die Länder übertragen. So sollten künftig die Län-



## Prozess fortsetzen

Krista Sager, Bündnis 90/Die Grünen

**M**it dem ergebnislosen Ende der Föderalismuskommission darf die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden. Es gilt vielmehr, die Kommissionsunterlagen zur Grundlage einer breiten Debatte im Bundestag zu machen.

Eine Rolle wird die Frage der Bildungspolitik einnehmen müssen, an der vor allem die unionsregierten Länder das Gesamtpaket scheitern ließen. Der Bund hat vorgeschlagen, das Thema auszuklammern und mit Experten eine Lösung zu finden. Ein Stichwort sollte die Autonomie der Einrichtungen sein. Die jetzige Blockadesituation ist verantwortungslos und wirft nicht nur die Bemühungen zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, sondern mit der Bildungspolitik auch eine der zentralen Zukunftsaufgaben unseres Landes zurück.

Die Seite des Bundes zielte nicht auf eine Übertragung bildungspolitischer Kompetenzen ab, wohl aber auf den Erhalt einer finanziellen und politischen Mitwirkungsmöglichkeit. Hier wissen wir die große Mehrheit der Bürger und Fachleute auf unserer Seite. Angesichts der Herausforderungen, vor denen wir nicht erst seit dem ersten PISA-Bericht stehen, darf der Bund nicht per Verfassung von jeder Beteiligung ausgeschlossen werden. Andernfalls wären etwa die erfolgreichen Programme zur Verbesserung des Mathematikunterrichts und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht möglich gewesen.

In anderen Feldern hat sich die Kommission durchaus den Zielen annähern können. Hervorzuheben ist die sich abzeichnende Lösung zur Entflechtung der Gesetzgebungsprozesse sowie die Übertragung ganzer Aufgabenbereiche an die Länder. Gleichwohl hängt ein Abschluss der Föderalismusreform nicht allein von einem Durchbruch in der Bildungsfrage ab. Auch beim Umweltrecht, der Europatauglichkeit unserer Verfassung oder dem Gebiet der inneren Sicherheit liegen bislang keine abstimmungsfähigen Vorschläge vor. Unsere Vorschläge für eine Fortsetzung der Reformbemühungen liegen vor. Wir werden die Debatte weiter vorantreiben.



krista.sager@bundestag.de  
www.krista-sager.de





der allein für den Ladenschluss, das Versammlungsrecht sowie das Gaststätten- und Spielhallenrecht zuständig sein. In die alleinige Kompetenz des Bundes wäre dagegen das Waffen- und Sprengstoffrecht, die Nutzung der Kernenergie und die Versorgung von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gefallen.

Mehr Freiheiten hätten die Länder auch bei den Regeln für ihre Staatsdiener bekommen. So hätten sie nach dem Kompromissvorschlag der Kommissionsvorsitzenden Stoiber und Müntefering die Besoldung und die Versorgung ihrer Beamten eigenständig regeln können. Lediglich der rechtliche Status von Staatsbeamten wäre auf Bundesebene geregelt worden.

Auch für die Finanzierung von Investitionen, die so genannten Gemeinschaftsaufgaben, einigte sich die Kommission auf eine Entflechtung. So sollte der Hochschulbau, auf den ein Großteil der gemeinsam verwal-

teten Investitionsmittel entfällt, künftig allein von den Ländern getragen werden. Für die zusätzlichen finanziellen Lasten hätten diese dann eine Kompensation bekommen. Die Mischfinanzierung durch Bund und Länder von Forschungsförderung, Agrarstruktur und Küstenschutz sollte allerdings erhalten bleiben.

#### Vier kritische Punkte

Am Ende blieben allerdings vier Bereiche offen, über die sich die Kommission nicht einigen konnte. Die unterschiedlichen Interessen von Bund und Ländern konnten dort nicht überbrückt werden.

Den größten Dissens gab es in der Bildungspolitik. Dort beharrte der Bund auf der Zuständigkeit für die Zulassung zum Hochschulstudium sowie darauf, die Kriterien für Studienabschlüsse festzulegen. Auch die Länder wollten bei der höheren Bildung bundeseinheitliche Regeln. Diese wollten sie aber selbst bestimmen, wie es

jetzt schon für die Schulen die Kultusministerkonferenz macht. Außerdem wollte ein Großteil der Länder, dass der Bund zukünftig nicht mehr Einfluss auf den schulischen Bildungsbereich – insbesondere über Finanzprogramme – ausüben kann. In der Terrorismusbekämpfung forderte der Bund mehr Kompetenzen für das Bundeskriminalamt (BKA). Das BKA sollte danach selbständig auf einen Tatverdacht hin ermitteln können und nicht erst, wenn es von den Polizeibehörden der Länder eingeschaltet wird. Die Länder sperrten sich gegen diese Regelung, weil sie fürchteten, dass es dadurch zum Aufbau einer Bundespolizei kommen könnte, was die Polizeihöhe der Länder untergraben würde. Im Gespräch war zuletzt ein Modell, wonach das BKA dann zuständig sein sollte, wenn eine Gefahr über ein Bundesland hinausgeht.

Das Umweltrecht sollte künftig möglichst einheitlich sein. Allerdings wollten die Länder die Möglichkeit, in



## Neuer Anlauf

Ernst Burgbacher, FDP

Am 17. Dezember 2004 erklärten Edmund Stoiber und Franz Müntefering das Scheitern der von ihnen geleiteten gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung. Aber auch wenn die Föderalismuskommission nach mehr als einjähriger Arbeit zu einem Ergebnis gekommen wäre, wäre dieses nach den Vorschlägen der Vorsitzenden Stoiber und Müntefering keineswegs der „große Wurf“ gewesen. Die von Stoiber so bezeichnete „Mutter aller Reformen“ wäre höchstens ein „Mütterchen“ gewesen. Die erarbeiteten Vorschläge waren ein viel zu kleiner Schritt, der teilweise auch in die falsche Richtung gegangen wäre.

Nach dem Scheitern der Kommission bleiben die Probleme bestehen. Die Reform war, ist und bleibt dringend notwendig. Sie kann keinesfalls bis ins Jahr 2006 verschoben werden. Es hat sich gezeigt, dass die Föderalismuskommission in Zusammensetzung und Verfahren falsch angelegt war. Die FDP fordert daher heute wie anfangs einen Verfassungskonvent für einen neuen Anlauf unter Einbeziehung der erarbeiteten Vorschläge. In diesen Konvent müssen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingebunden werden. Nur Mitglieder eines solchen Konvents, die nicht in eigener Sache betroffen sind, sind in der Lage, eine Reform zu erarbeiten, die diesen Namen auch verdient. Die größten Erfolgchancen hätte der Konvent, wenn er durch den Bundespräsidenten einberufen würde.

Wichtig ist ferner, dass bei einem neuen Anlauf nicht die Kardinalfehler der gescheiterten Föderalismuskommission wiederholt werden: In die Arbeit des Konvents müssen ausdrücklich die in der Kommissionsarbeit ausgeklammerten Themen Länderfinanzausgleich, Steuerautonomie der Länder und Länderneugliederung einbezogen werden. Nur dann kann es gelingen, den lähmenden „kooperativen“ Föderalismus in einen Wettbewerbsföderalismus umzuwandeln.



ernst.burgbacher@bundestag.de  
www.ernst-burgbacher.de



bestimmten Fällen von den Regeln des Bundes abzuweichen. Gegen solche Zugriffsregeln der Länder hatte vor allem das Bündnis 90/Die Grünen Bedenken. Befürchtet wurde, dass die Länder versuchen könnten, hohe Umweltstandards, die auf Bundesebene gesetzt wurden, zu unterlaufen.

Der letzte große Streitpunkt war die Europapolitik. Vor allem die Bundesregierung wollte, dass sie künftig wieder weitgehend unabhängig von den Ländern Deutschland in Brüssel vertreten solle. Die Anfang der 90er Jahre im Grundgesetz festgeschriebenen Einflussmöglichkeiten der Länder sollten stark beschnitten werden. Doch die Länder beharrten auf den jetzt geltenden Bestimmungen des Artikels 23 des Grundgesetzes, der ihre Kompetenzen in der Europapolitik sichert.

Einigen konnten sich Bund und Länder allerdings darauf, wie mögliche Strafgehalte durch Verletzung des EU-Stabilitätspakts verteilt werden sol-



Verhandlungssache Bildung.

len. Danach würde der Bund für zwei Drittel einer Strafe aufkommen. Das restliche Drittel müssten die Länder übernehmen.

Wie es mit der Föderalismusreform weitergeht, ist unklar. Mittlerweile hat

sich der Bundespräsident in die Gespräche eingeschaltet und Mitte Januar versucht, mit den Vorsitzenden der Kommission die Möglichkeiten für einen neuen Anlauf auszuloten.

Text: Matthias Rumpf, Fotos: picture-alliance

## Infotipps

### Gutachten der Wirtschaftsweisen

Die Konjunkturprognosen für dieses Jahr beschäftigten das Parlament am 27. Januar. Zur ersten Lesung lagen dazu das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Jahreswirtschaftsbericht 2005 der Bundesregierung vor. Die „fünf Weisen“ erwarten ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent und eine durchschnittliche Inflationsrate von 1,6 Prozent. Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die für fünf Jahre vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung berufen werden.

**Drucksache 15/4300**

### Genetischer Fingerabdruck

Die CDU/CSU-Fraktion hat in einem Antrag eine konsequente Nutzung des genetischen Fingerabdrucks für eine wirksame Verbrechensbekämpfung gefordert. Die Fraktion bezieht sich dabei auf Forderungen von Fachleuten, wonach die Ermittlung und Speicherung eines DNA-Identifizierungsmusters als normale erkennungsdienstliche Behandlung erfolgen sollte. Gefordert wird darüber hinaus, für Fahndungen die Geschlechtsbestimmung durch die DNA-Analyse zuzulassen und den bisherigen Richtervorbehalt bei der Untersuchung von anonymem Spurenmaterial aufzuheben. Ein Missbrauch von DNA-Proben solle dabei unter Strafe gestellt werden. Die DNA-Analyse ist gegenwärtig nur bei einer Straftat von erheblicher Bedeutung vorgesehen – und dann auch nur, wenn vorhersehbar ist, dass gegen einen Betroffenen künftig Verfahren wegen Straftaten von erheblicher Bedeutung geführt werden.

**Drucksache 15/2159**

### Expo in Japan

Der deutsche Pavillon bei der Weltausstellung „Expo 2005“ im japanischen Nagoja trägt den Titel „Bionis“. Er zeigt, wie die Bionik für industrielle Anwendungen genutzt wird. Dies berichtete das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Tourismusausschuss. In der Bionik, einem Grenzgebiet zwischen Biologie und Technik, geht es darum, was der Mensch von der Natur lernen kann. Deutschland und Frankreich wollen sich in einem gemeinsamen Gebäude präsentieren. Im deutschen Pavillon werden sich neun Bundesländer beteiligen und vor allem über touristische Aspekte informieren. Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) wird zudem auf der Expo über Deutschland informieren.

**[www.expo2005-germany.com](http://www.expo2005-germany.com)**

### Drucksachen

Die Bundestagsdrucksachen können auf den Internetseiten des Bundestages abgerufen und heruntergeladen werden: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) (Informations-Center). In gedruckter Form erhalten Sie alle Bundestagsdrucksachen bei schriftlicher Bestellung gegen eine vom Umfang abhängige Gebühr beim Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Tel. (02 21) 9 76 68-3 40 oder E-Mail: [torben.funk@bundesanzeiger.de](mailto:torben.funk@bundesanzeiger.de).

**[www.parlamentsdrucksachen.de](http://www.parlamentsdrucksachen.de)**

# Drucksache



D E B A T T E

Wem dienen unsere  
Volksvertreter?

Wie unabhängig sind sie?

Die Frage nach mehr  
Transparenz und Kontrolle  
ist wieder aktuell. Brauchen  
wir den „gläsernen  
Abgeordneten“?

Streitgespräch: Nebeneinkünfte

## Brauchen wir den gläsernen

**Blickpunkt Bundestag:** Herr Pronold, Sie haben schon vor dem Streit Ihre gesamten Einkünfte und Ausgaben auf Ihrer Homepage offen gelegt. Warum machen Sie freiwillig, was andere nun erst fordern?

**Florian Pronold:** Ich finde, Abgeordnete haben nichts zu verbergen. Ich habe nichts dagegen, dass Abgeordnete in einem gewissen Umfang Nebentätigkeiten nachgehen: Aber wenn sie es machen, muss es transparent sein, müssen die Bürger nachvollziehen können, wie viel Zeit für das Mandat und wie viel Zeit für andere Tätigkeiten genommen wird. Deshalb zeige ich mit meiner Homepage, dass ich persönlich keine Nebentätigkeiten mit nennenswerten Einkünften habe und wie ich auf Heller und Pfennig die öffentlichen Mittel verwende, die ich bekomme. Die Reaktion darauf ist gelassen und positiv.

**Blickpunkt:** Ist Herr Pronold ein leuchtendes Vorbild, oder geht Ihnen diese Offenlegung zu weit?

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger:** Das ist seine Entscheidung, wie er sich präsentiert. Ich halte aber den Satz, wer nichts zu verbergen hat, kann auch alles offen legen, für äußerst problematisch. Auch ich bin für Transparenz

und Offenlegung eventueller Nebentätigkeiten. Darauf hat der Bürger einen Anspruch. Trotzdem kann man nicht alles über einen Kamm scheren. Als Rechtsanwältin arbeite ich anwaltschaftlich etwa zu 15 Prozent meiner Zeit in einer Sozietät. Da gilt Vertrauensschutz gegenüber den Mandanten und Kollegen. Deshalb werde ich diese Einkünfte, die im Übrigen nicht sonderlich hoch sind, nicht veröffentlichen.

**Blickpunkt:** Wie viel Zeit hat ein normaler Abgeordneter überhaupt für einen zweiten Job, wenn immer wieder von seinem 12- bis 14-Studentag die Rede ist?

**Leutheusser-Schnarrenberger:** Viel Zeit ist es jedenfalls nicht. Und natürlich schwankt das. In der Sommerpause kann man vielleicht konzentriert etwas tun. Aber in Sitzungswochen bleibt ebenso wie in den Wochen dazwischen nicht viel Raum, weil auch die Wahlkreisarbeit viel Zeit verlangt.

**Pronold:** Das stimmt. Ich kann die Anzahl der freien Wochenenden an einer Hand abzählen. Wenn man das Mandat und die Parteiarbeit ernst nimmt, hat man nicht einmal Zeit für einen Halbtagsjob.



Darüber führte „Blickpunkt Bundestag“ ein Streitgespräch mit der FDP-Bundestagsabgeordneten und früheren Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Florian Pronold.

Das Gespräch führte Sönke Petersen. Fotos: Photothek

## Abgeordneten?

**Blickpunkt:** Wäre es dann nicht die beste Lösung, Nebenjobs grundsätzlich zu verbieten?

**Leutheusser-Schnarrenberger:** Nein, da wäre ich strikt dagegen. Ich vernachlässige weder mein Mandat noch bin ich als Anwältin von irgendjemanden abhängig. Ein Abgeordneter sollte selbst entscheiden können, ob und wie stark er neben dem Mandat beruflich engagiert sein kann. Nur: Die Bürger müssen über seine Tätigkeiten Bescheid wissen.

**Pronold:** Ich sehe auch große Abgrenzungsschwierigkeiten bei einem generellen Nebentätigkeitsverbot. Was ist mit dem, der eine kleine Firma oder einen Handwerksbetrieb hat? Was mit dem, der zehn Mietshäuser besitzt und verwaltet? Ist das dann verboten? Das Wichtigste ist für mich Transparenz. Die Bürger müssen nachschauen können: Für wen ist mein Abgeordneter tätig und wie viel verdient er? Dann ist die Sache klar.

**Leutheusser-Schnarrenberger:** Es kommt ja hinzu, dass wir alle wollen, dass aus möglichst allen Gesellschaftsbe-reichen Vertreter im Parlament sitzen. Deshalb ist eine gewisse, zeitlich begrenzte berufliche Verankerung sinnvoll und vertretbar. Zur gewünschten Unabhängigkeit gehört ja

auch, dass ein Abgeordneter wieder in seinen Beruf zurückkehren kann. Bisher haben dieses Privileg nur die Beamten. Deshalb gibt es ja auch so viele von ihnen im Parlament.

**Blickpunkt:** Kommen wir zur Transparenz. Schon jetzt müssen die Abgeordneten Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte anzeigen, Letztere allerdings nur vertraulich beim Bundestagspräsidenten und ab einer Höhe von 3.000 Euro im Monat. Reicht das aus?

**Pronold:** Nein, das reicht nicht aus. Dieser Sektor sollte komplett transparent sein. Man muss sicherlich nicht jeden Euro, etwa aus einem Vortrag, angeben. Aber es sollte eine sehr niedrige Grenze für die Benennung von Nebeneinkünften geben. Und: Auch die Einnahmen aus dem Beruf sollten angegeben werden, auch bei einem Anwalt. Wenn der in einem Jahr nur ein paar Tausend, im nächsten Jahr aber plötzlich Hunderttausende verdient, reagieren die Bürger möglicherweise zu Recht skeptisch auf dessen angebliche Unabhängigkeit.

**Leutheusser-Schnarrenberger:** Einspruch! Eine generelle Transparenzverpflichtung aller Einkommen halte ich für



Im Gespräch: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ...

falsch. Dafür gibt es in bestimmten Berufsfeldern einfach zu viele Probleme. Es ist richtig und gut, dass der Bundestagspräsident darüber informiert sein muss. Er ist die richtige und wichtige Kontrollinstanz. Das sollte genügen.

**Blickpunkt:** Während die eigenen Angaben beim Bundestagspräsidenten bleiben, fordert die Politik von anderen, etwa Hartz-IV-Empfängern oder Managern, mehr Offenheit. Wird hier mit zweierlei Maß gemessen?

**Pronold:** Nicht unbedingt. Denn unsere direkten Gehälter, also die Diäten, sind ja auch offen gelegt. Jedermann kann nachlesen, dass ein Abgeordneter 7.009 Euro im Monat verdient.

**Leutheusser-Schnarrenberger:** Die entscheidende Frage ist doch gar nicht, wie viel man verdient, sondern wo wird die Grenze überschritten, von der an man von anderen abhängig wird. Das ist die Gratwanderung, auf der wir uns befinden. Das Beispiel der schwarzen Schafe unter uns Abgeordneten zeigt doch, dass es weniger auf die Summe ankommt als auf die Nähe, in der jemand etwa zu VW, RWE oder Siemens durch Nebentätigkeiten steht.

**Blickpunkt:** Ab wann ist die vom Grundgesetz geforderte Unabhängigkeit des Abgeordneten in Gefahr? Wie steht es, wenn Geld ohne erkennbare Gegenleistung fließt?

**Leutheusser-Schnarrenberger:** Das ist generell unzulässig!

**Pronold:** Richtig. Wenn jemand sich ohne Gegenleistung bezahlen lässt, ist das schlicht außerhalb jeder Diskussion. Deshalb muss schon der Anschein einer solchen Abhängigkeit vermieden

werden. Deshalb ist die Offenlegung ja so wichtig. Sicherlich dürfen Abgeordnete auch Interessen vertreten. Aber das sollen sie mit offenem Visier tun. Was wir nicht akzeptieren dürfen, ist ein Lobbyismus durch die Hintertür.

**Leutheusser-Schnarrenberger:** Einverstanden. Aber wir sollten auch aufpassen, dass wir nicht alle Abgeordneten unter Pauschalverdacht stellen. Dazu besteht keinerlei Anlass.

**Blickpunkt:** Sollten die Verhaltensregeln verschärft werden? Brauchen wir im Fall des Verstoßes klare Sanktionen?

**Pronold:** Ich bin dafür, dass es Sanktionen gibt. Ein Abgeordneter, der nicht angegebene Nebeneinkünfte

hat, sollte das Doppelte an dem zurückzahlen, was er bekommen hat.

**Leutheusser-Schnarrenberger:** Ich bin mir nicht sicher, ob das wirklich sinnvoll wäre. Richtig ist aber, dass, wer klar gegen die Verpflichtung verstößt, seine Nebentätigkeiten und Einkünfte beim Bundestagspräsidenten anzugeben, mit einer Sanktion in Form einer Geldbuße rechnen muss. Es kann ja nicht im Sinne der Gleichbehandlung sein, dass jemand, der auffliegt, auf Druck der Öffentlichkeit sein Mandat abgibt, und derjenige, der sich still im Windschatten duckt, unbehelligt bleibt.

**Blickpunkt:** Sollte die Diskussion als Chance für eine Reform der Abgeordneteneinkünfte genutzt werden, also auch der Kostenpauschale und der Altersversorgung?

**Pronold:** Dass es hier noch Handlungsbedarf gibt, ist sicherlich richtig. Aber ich glaube, das bleibt eine Endlosgeschichte. Selbst wenn wir umsonst arbeiten würden, würde die Debatte um unsere Bezahlung nicht aufhören.

**Leutheusser-Schnarrenberger:** Ich finde, diese Debatte gehört jetzt mit auf den Tisch. Es wäre ein Beitrag zur Glaubwürdigkeit, wenn wir etwa zu einer vernünftigen eigenfinanzierten Altersversorgung der Abgeordneten kämen. Dazu sollte eine unabhängige Kommission Vorschläge machen.



#### Reden Sie mit beim Thema „Nebeneinkünfte“:

Florian Pronold (SPD): [florian.pronold@bundestag.de](mailto:florian.pronold@bundestag.de)

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

[sabine.leutheusser-schnarrenberger@bundestag.de](mailto:sabine.leutheusser-schnarrenberger@bundestag.de)

Redaktion: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com)

... und Florian Pronold.





## Begegnungen im Parlamentsviertel Blick nach vorn

Ein leerer Sessel mit weißen Rosen und Gerbera steht zwischen den Sesseln von Bundespräsident **Horst Köhler** und Bundestagspräsident **Wolfgang Thierse**. Die Trauer um die vielen Menschen, die bei der Flutkatastrophe in Südasien ihr Leben ließen, prägt die Gedenkstunde im Plenarsaal des Parlaments. Später, in der Lobby und den Wandelgängen, richten viele auch den Blick nach vorn. Welche Konsequenzen müssen aus der Katastrophe in Südasien gezogen werden? Der Bundespräsident hatte schon eine Antwort gegeben. Er rief die Bürgerkriegsparteien in Sri Lanka und in der indonesischen Provinz Aceh dazu auf, den „spontanen menschlichen Impuls“ der gegenseitigen Hilfe aufzugreifen und Frieden zu schaffen.

Ähnlich auch **Klaus-Jürgen Hedrich**, Vorsitzender der Asean-Parlamentariergruppe des Bundestages. Er betont am Rande der Gedenkstunde, nun gehe es um den langfristigen Wiederaufbau. „Wir müssen die Katastrophe nutzen, um in den Konfliktgebieten einen Friedensprozess in Gang zu setzen.“ **Johannes Pflug**, Chef der deutsch-südostasiatischen Parlamentariergruppe, sieht das genauso. Er wollte auf Anraten des deutschen Botschafters in Sri Lanka eigentlich im März mit seinen Kolleginnen und Kollegen vor Ort ermitteln, „was an Hilfsleistungen ordentlich läuft und was besser gemacht werden könnte“. Aber weil das Bundestagspräsidium bis auf Weiteres von Reisen in die Region abrät, wollen die Parlamentarier erst einmal warten.



Die Katastrophe an den Küsten des Indischen Ozeans bewegt auch die Gäste des traditionellen Neujahrskonzerts der Bayern im Berliner Konzerthaus. Ministerpräsident **Edmund Stoiber** berichtet, sie hätten überlegt, ob sie das Konzert der bayerischen „Kultband“ **Haindling** nicht absagen sollten. Weil es sich wieder um ein Benefizkonzert handelt, hätten sie das nicht getan. Der Erlös geht an zwei Projekte der Berliner Stadtmission. Deren Direktor, Pfarrer **Ralf Döbbling**, kann das Geld gut gebrauchen. Er sagt: „Not kennt keine Konkurrenz“. Später stehen in der Bayernvertretung **Ernst Hinsken**, Vorsitzender des Tourismusausschusses des Bundestages, und Haindling-Chef **Hans-Jürgen Buchner** zusammen. Hinsken ist stolz auf die Band, die nach einem Dorf in seinem Wahlkreis benannt ist. „Das ist ein Stück unserer Heimat. Die wissen, wie man das Konzerthaus zum Beben bringt.“ Die sechs Haindling-Musiker sind eben Könnner.

Haindling. Nicht nur in Bayern Kult.



Foto: picture-alliance

Absolute Profis sind auch die Fotografen **Angelika** und **Bernd Kohlmeier**, die an einem Januarvormittag in der großen Halle des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses anzutreffen sind. Akribisch bereiten sie ein Titelfoto für den „Blickpunkt Bundestag“ vor. Dafür haben sie eine ganze Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundestages und externer Firmen gebeten, als Statisten mitzuwirken. **Günther Weimershaus** vom Parlamentsarchiv spielt da gern mit, ebenso wie Polizeiobermeister **Marcel Gottschalk** mit seinem Sprechfunkgerät. Er meint: „Im Leben sind wir alle doch Statisten.“

Fotos von Angelika und Bernd Kohlmeier für den Blickpunkt Bundestag werden ab 16. Februar im Paul-Löbe-Haus zu sehen sein. Die öffentlich zugängliche Ausstellung heißt „Das Parlament im Blickpunkt“.

Text: Klaus Lantermann

Foto: studio kohlmeier



## Drei Fragen an Abgeordnete

PANORAMA

### Herr Addicks, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Das sind der Stuttgarter Platz und die Kneipen dort. Gern sitze ich da im Sommer draußen, frühstücke in aller Ruhe und lese das reichhaltige Zeitungsangebot. Die Atmosphäre hat etwas Ruhiges, Beschauliches, wo ich auch mal zum Nachdenken komme, ohne das Gefühl zu haben, etwas zu verpassen.

### Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Zuletzt gelacht habe ich zusammen mit meinem Söhnchen Janos während einer Kinder-sendung – es lief gerade eine Comicserie.

### Was soll als Nächstes von Ihrem Schreibtisch?

Von meinem Schreibtisch sollen als Nächstes die Akten-

berge, die ich als Berichterstatter des Petitionsausschusses zu bearbeiten habe. Das Unbefriedigende dabei ist nur, dass in Sisyphusmanier diese Aktenberge sich immer wieder neu auf türmen.

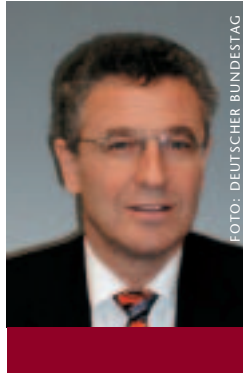


FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG

**Karl Addicks (FDP), Jahrgang 1950, ist als Nachfolger des ausgeschiedenen Abgeordneten Christoph Hartmann seit 2004 im Bundestag. Er ist ordentliches Mitglied im Petitionsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Karl Addicks hat einen Sohn.**

[karl.addicks@bundestag.de](mailto:karl.addicks@bundestag.de)  
[www.karl-addicks.de](http://www.karl-addicks.de)



## Welches Buch lesen Sie gerade?

### Katrin Göring-Eckardt: „Ich lese gerade ‚Wie es leuchtet‘ von Thomas Brussig“



FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG

In seinem Roman über die Wendezeit präsentiert Brussig sich als Meister des kleinen Witzes, der Anekdote, des Blicks aus dem Augenwinkel, als feiner Beobachter. Er beschreibt in seinem Buch kleine Momente, scheinbar nebensächliche Ereignisse und Geschichten, aber gerade sie können uns in diese Zeit zurückversetzen. In eine Zeit, die so anders war als alle anderen. Eine Zeit, in der der Alltag außer Kraft gesetzt war, die Verhältnisse verrückt spielten und scheinbar alles möglich war. Erinnerungen werden wach, längst Vergessenes kommt in den Sinn, Gefühle und Empfindungen von damals werden wieder spürbar. Ein buntes Potpourri aus Geschichten über eine rollschuhfahrende Physiotherapeutin, einen verkannten Künstler oder eine clevere Anwältin. Fast jeder kann sich darin wieder finden, entweder selbst oder in der Beobachtung einzelner Figuren, denen

jeder und jede schon einmal begegnet ist, persönlich oder in Erzählungen. Brussig geht mit seinen Figuren behutsam um, jede nimmt er ernst, jede behält ihre Würde. Er enthält sich einer direkten Wertung und Beurteilung. Denn wer könnte schon wirklich darüber urteilen, was damals falsch und was richtig war in einer Zeit, in der es scheinbar keine Regeln gab.

In diesem Buch hängt alles mit allem zusammen und jeder mit jedem. Der Schmetterling, dessen Flügelschlag eine ganze Welt aus den Angeln zu heben vermag ... Ein schönes Bild, und ein wichtiges, damals und heute – eine Gesellschaft, in der jeder mit jedem verbunden ist wie durch ein unsichtbares Netz. Kleine Dinge entfalten eine große Wirkung, Mut und Entschlossenheit statt Resignation und Verzagtheit. Menschen wachen auf, lassen sich erwecken von den Ereignissen, die geschehen. Die Zeichen der Zeit werden erkannt und die Chancen ergriffen. Wann, wenn nicht jetzt, war das Motto dieser Zeit. Wer,

wenn nicht wir, treibt die Menschen, treibt die Geschichte voran. Die friedliche Revolution ist überall, nichts bleibt wie es war, alles verändert sich.

Wie es leuchtete damals – die Menschen, die Ereignisse, ja die Zeit selbst, welche Hoffnungen, welcher Aufbruchs- und Veränderungswillen. Ein wenig Wehmut steigt auf. Ist denn etwas übrig geblieben von diesem visionären, auch utopischen Blick auf die Zukunft, von diesem, wie man damals gerufen hat, „Wahnsinn“...? Und doch, die Ereignisse dieser Zeit sind nicht spurlos an uns, an unserer Gesellschaft vorbeigegangen, sie haben das Land verändert, sie haben die Menschen verändert und werden es auch weiterhin tun.

„Wie es leuchtet“ ist ein Buch über die Wende ohne Ostalgie und Verklärung. Ein Buch über eine unglaubliche Zeit. Es ist auch ein Buch von Menschen. Das ist das Gute.

**Thomas Brussig, Wie es leuchtet, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 2004, Gebunden, 672 Seiten, 19,90 EUR.**

**Katrin Göring-Eckardt, Jahrgang 1966, ist seit 1998 für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Seit Oktober 2002 ist sie Fraktionsvorsitzende.**



# Report Medientreff Berliner Beziehungskisten



Diskussion im Parlamentsfernsehen mit Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner und Thomas Krüger (BPB).

Journalisten und Politiker, das ist schon eine Verbindung für sich. Sie können nicht mit- und nicht ohne einander. Wie genau das Zusammenspiel dennoch funktioniert, haben Ende vergangenen Jahres 40 Nachwuchsjournalisten im Bundestag erfahren. Unter dem Thema „Medien und Demokratie: (un)geliebte Beziehungen?“ sahen die Gäste hinter die Berliner Kulissen von Politik und Medien. Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner (SPD) hatte bereits zum zweiten Mal Jugendliche im Alter zwischen 16 und 22 Jahren für eine Woche in die Hauptstadt eingeladen.

Was meint eigentlich ein Politiker, wenn er etwas „unter Drei“ sagt? Was weiß eine ZDF-Journalistin über das Privatleben eines Ministers? Wie schafft es eine junge Abgeordnete, ihre Ideen gegen die „alten Hasen“ in der Fraktion durchzusetzen? Genau hinsehen und nachfragen war nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht.

Denn die Idee des Seminars war es, den jungen Journalisten einen umfassenden Eindruck vom politischen und journalistischen Leben in Berlin und im Parlament zu vermitteln. Für das gemeinsame Projekt von Bundestag, Bundeszentrale für politische Bildung und Jugendpresse Deutschland hatten

sich über 150 Nachwuchsredakteure mit einem Artikel beworben.

Wer mit Geschichte, Recherche und Stil überzeugen konnte, wurde belohnt: Eine Woche lang machten sich die Gäste auf Erkundungsreise in die Welt der Parlamentarier und Hauptstadtjournalisten. Sie inspizierten Reichstagsgebäude, Bundesrat und Bundeskanzleramt, unterhielten sich mit Abgeordneten über das Politikerdasein, hospitierten in einer Zeitungsredaktion oder Pressestelle und besorgten sich dabei aus erster Hand Tipps für den eigenen Berufsweg. Sie fanden heraus, welche Methoden Journalisten haben, um an brisante Informationen zu gelangen, wie ein Regierungssprecher versucht, selbiges zu verhindern, welchen Einfluss Lobbyisten auf das Parlament ausüben und wie der Bundestagspräsident die Abgeordneten im Plenum begrüßt.

Ihre gesammelten Erfahrungen konnten die jungen Journalisten in Berlin gleich zweimal anwenden: zum einen in der von den Teilnehmern produzierten Veranstaltungszeitung „politikorange“. Zum anderen schrieben sie nach dem Seminar für ihre Heimatzeitungen Artikel, in denen sie über ihre Woche in Berlin berichteten. Zwei Teilnehmer konnten ihr gerade gewonne-

nes Wissen auch im Fernsehinterview mit Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner und dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, testen. Resümee der Teilnehmer am Ende der Woche: „So nah kommen wir nie wieder an Politiker und Journalisten heran.“

Text: Birte Betzendahl

Fotos: Deutscher Bundestag



**Tipp: Auch in diesem Jahr planen der Bundestag, die Bundeszentrale für politische Bildung und die Jugendpresse Deutschland wieder ein Seminar für junge Journalisten. Informationen dazu und einen Rückblick auf die vergangenen Seminare finden sich unter <http://bundestag.jugendpresse.de>.**





# Parlamente in Europa Schaltstelle in der Konsensdemokratie



Der schwedische Reichstag.

Schweden hat nicht nur eine lange Tradition als Wohlfahrtsstaat, es ist auch geradezu ein Muster einer konsensorientierten Demokratie. Deutlich wird dies vor allem beim Umgang des Parlaments mit Gesetzesvorschlägen. So laufen die Vorbereitungen zu einem Gesetz in Schweden in aller Offenheit ab. Die Initiative für ein Gesetzesvorhaben geht in Schweden, ähnlich wie in Deutschland, in der Regel von der Regierung aus, doch schon bevor die Regierung einen Vorschlag macht, kann das Parlament eingreifen.

So kann der Reichstag (Riksdag) bei wichtigen Gesetzen die Regierung auffordern, so genannte Untersuchungskommissionen (utredning) einzurichten, um einen Vorschlag auf Herz und Nieren zu prüfen. Rund 200 solcher Kommissionen werden jedes Jahr von der Regierung berufen. Zu einer Untersuchung gehört es auch, alle Verwaltungen und die betroffenen Interessenverbände anzuschreiben und sie um eine Stellungnahme zu bitten. Die Interessen von gesellschaftlichen Gruppen werden so schon eingearbeitet, bevor ein konkreter Entwurf auf dem Tisch liegt. Dieses so genannte Remiss-Verfahren entscheidet oft schon über das Schicksal eines Entwurfs. Fällt das Urteil negativ aus, dann wird der Entwurf entweder zurückgezogen oder überarbeitet. Rund 15 Prozent der

Gesetzentwürfe werden auf diese Weise aufgegeben.

Auch für Verfassungsänderungen haben die Schweden ein besonderes Verfahren, das sehr auf Kontinuität setzt. Damit eine Änderung in Kraft treten kann, muss sie von zwei aufeinander folgenden Reichstagen beschlossen werden. Die erste Abstimmung darüber muss neun Monate vor Ablauf einer Legislaturperiode erfolgen. Die zweite Abstimmung folgt dann nach der Wahl. Ein Drittel der Abgeordneten kann dann ein Referendum verlangen, das zusammen mit den Parlamentswahlen stattfindet. Bindend ist ein solches Referendum allerdings nur, wenn die Verfassungsänderung von der Mehrheit der Wähler abgelehnt wird.

Text: Matthias Rumpf, Foto: picture-alliance

## Ländersname:

Königreich Schweden

EU-Beitritt: 1995

Währung: Schwedische Krone

Hauptstadt: Stockholm

Bevölkerung: 8,95 Millionen

Staatsform: Konstitutionelle Monarchie

Parlament: Riksdag (349 Abgeordnete)

Weitere Informationen unter [www.riksdagen.se](http://www.riksdagen.se)

## LESER BRIEF

### Arbeitszeit

Schöne Zusammenfassung zur Arbeitszeit auf Blickpunkt Bundestag Online! Nur, welche Politiker lesen die und nehmen sie ernst? Oder ist das nur ein Trostpflaster für die, die an der Hoffnung festhalten? Nach Ihrem Artikel sind wir ja doch nicht die Spitzenreiter bei Feiertagen, Urlaub und Arbeitszeitverkürzung. Wäre schön, wenn diese Aussage auch den Medien bekannt werden würde. Dabei viel Erfolg!

Gabriela Faist, per E-Mail

### Vielfalt im Radio

Ich bin für eine Quotenregelung deutscher Rock- und Popmusik im Radio (siehe Blickpunkt Bundestag 8/2004). Es wird Zeit, dass da mal etwas passiert. Traurig und beschämend finde ich es, wie mit der Forderung der 600 Künstler dieses Landes umgegangen wird.

Es ist nun mal leider die traurige Tatsache, dass nur eine geringe Prozentzahl an deutscher Musik im Radio gespielt wird, und das kann nicht in Ordnung sein! Ich lebte noch bis vor einem Jahr in Thüringen und habe dort wirklich aus lauter Verzweiflung einen Klassik-Sender gehört, weil ich das Dauergedudel von den regionalen Sendern nicht mehr ertragen habe ... Es gibt da keine Vielfalt, nur Einfalt. Und das ist die eigentliche Bevormundung der Hörer, nicht eine Quotenregelung! Wie soll der Hörer von den riesigen Schätzen aus der deutschen Musikszene erfahren, wenn ständig die gleichen Songs gespielt werden? Ich wünsche mir mehr Vielfalt, was kann daran falsch sein?

Heike Cybulski, per E-Mail

### Sagen Sie uns Ihre Meinung:

**BLICKPUNKT BUNDESTAG**

c/o MEDIA CONSULTA

Deutschland GmbH

Wassergasse 3

10179 Berlin

[blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com)

# I M P R E S S U M

**Herausgeber:** Deutscher Bundestag

**Chefredaktion:** Stefan Thomas  
(Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

**Redaktion:** Dr. Heiko Fiedler-Rauer,  
Klaus Lantermann  
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Telefon: (030) 650 00-220,  
Fax: (030) 650 00-190  
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

**Koordination:**

Herbert Fleischhauer  
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)  
Telefon: (030) 227-378 68,  
Fax: (030) 227-365 06  
E-Mail: herbert.fleischhauer@bundestag.de

**Beauftragte Agentur:**

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

**Geschäftsführung:** Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

**Art Direction:** Hans-Dieter Großjohann,  
Daniel Kirschner

**Online-Produktion:** Jan Scharein

**Produktion:** Thomas Ahlrichs, Patrick Pabst

**Lektorat:** Katleen Krause

**Abonnement und Vertrieb:**

Reni Pischke  
Fax: (030) 65 000-190  
E-Mail: r.pischke@media-consulta.com

**Druck:** Jungfer Druckerei und Verlag GmbH,  
Herzberg am Harz

**Redaktionsschluss:** 14. Januar 2005

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag  
gibt es auch im Internet:  
[www.blickpunkt-bundestag.de](http://www.blickpunkt-bundestag.de)

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorge-  
nommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars  
gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Fotos und Grafiken:**

Deutscher Bundestag: S. 17, 18 (oben),  
32, 37, 38 (unten), 39 (unten), 40, 46, 47;  
Berliner Zeitung/Paulus Ponizak: S. 3;  
Photothek: S. 42-44; Picture-Alliance: S. 2,  
18 (unten), 19, 20, 21, 22, 24, 26, 27, 28, 29,  
30-31, 36, 38 (oben), 39 (oben),  
41, 45, 48; studio kohlmeier: Titel, S. 1, 2,  
4-9, 10-13, 14, 15, 33-35, 45;  
Ullstein Bild: S. 23, 25

**Anschrift für die Post unserer Leser:**

BLICKPUNKT BUNDESTAG  
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Fax: (030) 650 00-190  
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

## Bestellcoupon

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein weiteres, wenn ich nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Blickpunkt-Abo  
Wassergasse 3  
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche mit einer schriftlichen Mitteilung widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Ich zahle per  Rechnung  Lastschrift

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtige ich Sie zum Bankeinzug des Abonnementpreises.

Datum/Unterschrift

